

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnements-Preis pränumerando:
 Vierteljährlich 3,30 Mk., monatlich 1,10 Mk.,
 wöchentlich 26 Pf. frei ins Haus.
 Einzelne Nummern 5 Pf. Sonntags-
 Nummer mit illustrierter Sonntags-
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-
 abonnement: 1,10 Mark pro Monat,
 eingetragene in der Post-Bestellungs-
 Preisliste für 1902 unter Nr. 7878.
 Unter Kreuzband für Deutschland und
 Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das
 übrige Ausland 3 Mark pro Monat.
 Erscheint täglich außer Montage.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der Socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Beuth-Strasse 2.
 Fernsprecher: Amt I. Nr. 1508.

Freitag, den 7. Februar 1902.

Expedition: SW. 19, Beuth-Strasse 3.
 Fernsprecher: Amt I. Nr. 5121.

Polizeistaatliches.

Während in einzelnen deutschen Bundesstaaten das Ver-
 sammlungs- und Vereinswesen der polizeilichen Über-
 wachung und Bevormundung entzogen ist, ohne daß diese Länder,
 so viel wir wissen, bisher „umgestürzt“ worden sind, wendet die
 preussische, insonderheit auch die Berliner Polizei außerordentlich
 große Mühe auf die Vereins- und Versammlungsangelegenheiten. Auch
 auf diesem Gebiete läßt sie sich, wie schon in der gestern be-
 handelten Prekaussicht, durchaus von dem Geist des nicht mehr
 existierenden Ausnahmegesetzes leiten, nur daß sie noch aus
 eigener Machtvollkommenheit ein kleines Ausnahmegesetz gegen die —
 Polen hinzusetzt.

Die Tätigkeit der Berliner politischen Polizei auf dem Gebiete
 des Vereins- und Versammlungswesens — wir folgen wieder dem
 gestern gewirkten Verwaltungsbericht — umfaßt drei Gebiete:

1. Die Überwachung der Erfüllung der Formvorschriften des
 Vereinsgesetzes vom 11. März 1850.

2. Die Überwachung der Vereinsfähigkeit politischer und öffent-
 lich wirksamer Vereine, soweit das polizeiliche Interesse es er-
 fordert.

Ein drittes Tätigkeitsfeld ist die Mitwirkung bei der Durchführung
 gewisser Bestimmungen des Bürgerlichen Gesetzbuchs betreffend einzu-
 tragender und eingetragener Vereine.

Schon aus dem Zusatz zu Nr. 2, „soweit das polizeiliche
 Interesse es erfordert“, geht hervor, daß die Polizei durchaus
 nicht alle politische Vereins- und Versammlungstätigkeit mit
 gleicher Aufmerksamkeit überwacht.

Die Polizei verteilt ihre hier in Betracht kommenden Geschäfte
 auf zwei Decernate. Das erste erledigt die Angelegenheiten der unter
 2 erwähnten Art insofern, „als es sich um die der bestehenden
 Staats- und Gesellschaftsordnung widersprechende politische
 Vereinsfähigkeit der Socialdemokraten, Anarchisten und
 Nationalpolen handelt“. Das andre Decernat erledigt die
 übrigen Geschäfte, insonderheit die Überwachung der auf
 dem Boden der modernen Arbeiterbewegung stehenden, mit
 den staatsfeindlichen politischen Parteien enge Fühlung bestehenden
 Gewerkschaften.“

Aus diesen Angaben des Berichts folgt, daß das eine Decernat
 sich ausschließlich mit der Beaufsichtigung socialdemokratischer,
 anarchischer, polnischer Vereine befaßt, das andre im wesentlichen
 die freien Gewerkschaften „bearbeitet“, für deren Wesen der Bericht
 insofern ein gewisses aufgeklärtes Verständnis zeigt, als ihnen nach-
 gerühmt wird, daß sie auf dem Boden der „modernen“
 Arbeiterbewegung stehen. Alle andern Parteien, Richtungen,
 wirtschaftliche Vereinigungen haben für die Polizei wenig Interesse,
 sie werden höchstens in Hinsicht auf die Innehaltung der gesetz-
 lichen Formen kontrolliert, und das wohl nicht mit besonderer
 Aufmerksamkeit.

Was hier in dem Bericht ausgeführt wird, entspricht ja durch-
 aus der geltenden Praxis und bietet darum nichts Ueberraschendes.
 Gleichwohl ist es möglich, daß die Polizei hier offen bekundet, daß sie
 die Gleichheit des Gesetzes für alle ihrerseits durch die Ausführung
 aufhebt und damit ein besonderes verschärftes Vereins- und Ver-
 sammlungsrecht für die „staatsfeindlichen“ Parteien schafft — ein
 Zweierlei-Rechtssystem, das für den absolutistischen Polizeistaat sehr
 natürlich als nicht vereinbar ist mit den Bedingungen eines ent-
 wickelten Rechtsstaates.

Aber die politische Polizei — in Berlin „Abteilung VII“ ge-
 nannt — will nun einmal das einschwundene Ausnahmegesetz er-
 setzen: „Bei der Socialdemokratie mußte seit dem Jahre 1890 an
 die Stelle der unmittelbaren Unterdrückung ihrer Bestrebungen
 im Wege des Sondergesetzes die mittelbare Bekämpfung auf dem
 Boden der allgemeinen Staatsgesetzgebung treten. Die hierfür uner-
 läßliche Voraussetzung, der Bewegung in jeder Rich-
 tung zu folgen, war einerseits leichter zu erfüllen, weil
 die Partei ihre gesamte Tätigkeit mehr in die Öffentlichkeit
 verlegte; andererseits nahmen auch die Schwierigkeiten zu,
 weil der von Jahr zu Jahr steigenden, räumlichen und zahlen-
 mäßigen Zunahme der Partei, der theoretischen und praktischen
 Ausgestaltung und Vertiefung der Parteigrundsätze, der
 Erweiterung und dem Wechsel der Agitationsmethoden nachgegangen
 werden mußte.“

Es ist zu merken, daß dem Verfasser des Kapitels über die
 politische Polizei die Socialdemokratie gewaltig imponiert. Er be-
 wundert unverhohlen die theoretische und praktische Vertiefung unserer
 Parteigrundsätze, den Reichtum unserer Agitation, um so merk-
 würdiger, daß der Raum bei so viel Verständnis und Anerkennung
 sich einbildet, daß einer solchen Bewegung mit den groben Mitteln
 der Polizei beizukommen sei, daß er nicht vielmehr all sein Thun als
 verlorene Mühen einschätzt.

Von den Anarchisten bemerkt der Bericht zutreffend, daß sie
 „bis jetzt in Deutschland nicht festen Fuß haben fassen können.“
 Trotzdem und im Widerspruch mit dieser richtigen Auffassung ist für
 die Polizei die Bekämpfung des Anarchismus zu wesentlich er-
 weiteter Bedeutung gelangt — weil die „bellagendwertesten
 anarchischen Attentate in den romanischen Ländern eine gemeinsame
 Abwehrfähigkeit aller civilisirten europäischen Staaten“ hervorgerufen
 hätten. Die Berliner Polizei hat sich damit unwürdigweise aus
 internationaler Höflichkeit eine lässige und fruchtlose Arbeit angehal-
 tet. Dabei muß der Autor des Berichts England nicht unter die civilisirten
 Länder rechnen; denn es hat sich bekanntlich nie an der polizeilichen
 Anarchistenjagd beteiligt.

In der Behandlung der Polenfrage paßt sich die Berliner
 Polizei der neuesten politischen Mode krankhafter Angstzustände an.
 Das Vorhandensein einer Polenbewegung sei, so erklärt der Bericht,

in der Hauptstadt eine neue, erst in diesem Jahrzehnt auftretende
 Erscheinung, „die sich teils aus der Verschärfung der nationalen
 Gegensätze, teils aus der Entwicklung Berlins zum politischen Central-
 punkt erklären läßt.“ Aber die Polizei hat ihre Plage mit der Polen-
 überwachung. Sie klagt: „Die im Staatsinteresse unvermeidliche
 Überwachung dieser Bewegung in ihren beiden Zweigen, dem
 national-polnischen und dem polnisch-socialistischen, wird durch die
 Anwendung des polnischen Idioms, die wenigstens räumlich stetig
 zunehmende Ausdehnung und der Spaltung der Bewegung in eine
 Anzahl von Vereinen in Berlin, einzelnen preussischen Provinzen,
 Rußland-Polen, Galizien, der Schweiz, England und America, die
 teilweise ihr Dasein, fast immer aber ihre eigentlichen Zwecke
 zu verbergen suchen, sehr erschwert.“ Die Polizei würde
 all diesen so naiv bejammerten Schwierigkeiten leicht ent-
 gehen, wenn sie ihre Einmischung unterlasse und darauf ver-
 zichte, aber die „eigentlichen“ Zwecke der polnischen Vereine
 nachzudenken. Der Polizeigeist ist nicht berufen, über „das Ding an
 sich“ zu philosophieren.

Das Anwachsen der Berufsvereine erklärt der Polizeibericht, tief-
 sinnig wie immer, aus „dem Zuge der Zeit“, zieht aber aus dieser
 klaren Erkenntnis nicht die notwendige Folgerung, daß die Polizei
 nicht im stande sein könnte, den „Zug der Zeit“ zu meistern. In
 dieser logischen Konsequenz wird die Polizei leider durch
 das Bewußtsein ihrer Allmacht gehindert. Uebrigens be-
 fähigt in diesem Zusammenhang der Bericht, daß die
 Berliner politische Polizei über ihre isolierten Funktionen hinaus eine
 „Central-Beobachtungsstelle“ für ganz Deutschland darstelle.
 „Die Zeiten des seligen Bundestages tauchen wieder auf, Metternich
 geht lebhaftig um, und die Polizei regiert von einer „Central-
 Beobachtungsstelle“ — wie einst in Mainz — die Welt im all-
 gemeinen und die „Demagogen“ im besonderen. In dieser Funktion
 als Central-Beobachtungsstelle aber liegt auch der große heimliche
 Einfluß der Berliner politischen Polizei, in der thätlich die politi-
 schen Fäden zusammenlaufen und von der die verantwortlichen
 Regierungen an unsichtbaren Drähten gezogen werden.

Nach einer statistischen Aufstellung wurden in den Jahren
 1891/1900 1200 politische, gewerkschaftliche und kirchliche Vereine neu
 gegründet, 1800 betrug der Bestand 1694, 1900 2470 Vereine — das
 ist eine Zunahme von 776 Vereinen. Der Bericht erklärt diese be-
 deutende Zunahme zum Teil aus der „strengeren Durchführung
 des Vereinsgesetzes“. Alle Vereinsfragen gehen zunächst an die politische
 Polizei, die genau prüft, ob der Verein nach dem Inhalt seiner
 Satzungen oder seiner Vereinsfähigkeit unter das Vereinsgesetz
 falle oder nicht.

Im Gegensatz zu der Zunahme der Vereine haben die Ver-
 sammlungen in Berlin abgenommen, 1891 wurden 7894 an-
 gemeldet, davon 8842 überwacht, 1900 belief sich die Zahl der An-
 meldungen auf 5820, die der Überwachungen auf 1629. Im Jahr-
 zehnt 1891/1900 wurden im ganzen 55 808 Versammlungen an-
 gemeldet, 17 161 überwacht, während in dem vorhergehenden Jahrzehnt
 64 715 Versammlungen angemeldet und 42 228 überwacht wurden.
 Das ergibt eine Abnahme der Anmeldungen um rund 9000, der
 Überwachungen um 25 000.

Dabei ist die Zahl der aufgelösten Versammlungen ständig
 gesunken. Die Auflösung erfolgte im Jahre 1891 in 25 Fällen, im
 Jahre 1900 nur noch in 8 Fällen. Im Jahrzehnt 1891/00 wurden im
 ganzen 150 Versammlungen aufgelöst, im Jahrzehnt vorher 288.
 Rapid sind auch die gerichtlichen Verfolgungen auf Grund des Vereins-
 rechts gesunken. 1891 wurden 72 Sachen an die Amts- und Staats-
 anwaltschaft weitergegeben, in 40 Fällen wurde eingeschritten, in 24
 Verurteilungen „erzielt“. Im Jahr 1894 waren die entsprechenden
 Zahlen 40, 30, 32, dagegen 1900 nur noch 4, 4, 4.

Nichts beweist besser als diese Statistik, daß die Ordnung des
 Staates durch die Vereine und Versammlungen nicht im mindesten
 gefährdet wird. In den letzten Jahren hat selbst die Polizei kaum
 noch einen Anlaß zum Einschreiten gefunden.

Es wäre endlich an der Zeit, wenn der Polizei die Mühe und
 der Verdorbenheit die Belästigung genommen würde, daß das Vereins-
 und Versammlungswesen unter die Polizeikontrolle gestellt wird.
 Die Polizei könnte dann ihre Aufmerksamkeit und ihre Talente auf
 nützliche Aufgaben konzentrieren.

Die Zolltarif-Kommission

des Reichstages setzte Donnerstag die Debatte über die gemischten
 Transitlager (§ 9 des Zolltarif-Gesetzes) fort.

Der Berichterstatter für die Petitionen Speck (C.) teilt mit, daß
 eine Anzahl Handelskammern, Königsberg, Danzig, Mainz, Kiel,
 Mannheim um Verleihung der gemischten Transitlager petitioniert
 haben, während sich der Bayerische Bauernverband dagegen er-
 klärt hat.

Müller-Kulda (C.) befragt den gestern schon eingebrachten
 Eventualantrag Heim, der inzwischen noch etwas modifiziert worden
 ist und die Bewilligung und Forterkhaltung der gemischten Transit-
 lager davon abhängig machen will, daß von der Ausland-Zufuhr
 „in den letzten drei Jahren“ mindestens die Hälfte wieder
 zur Ausfuhr gelangt. Er bittet, die Regierungsvorlage mit diesem
 Antrage anzunehmen, der dem Grundsatze ausgleichender Gerechtigkeit
 entspreche.

Direktor im Reichsamt des Innern Vermuth spricht sich ent-
 schieden gegen den Antrag aus, der dahin führe, auch die Transit-
 lager von Königsberg und Danzig zu beseitigen. Die Möglichkeit der
 Versorgung mit ausländischem Getreide sei z. B. für Baden absolut
 notwendig, da es nur 128 Kilogramm pro Kopf selbst produziere.
 Diese Versorgung würde durch Aufhebung des Mannheimer Lagers
 in Frage gestellt, ebenso würde der Außenhandel mit den Mittelmeer-
 ländern aufs äußerste gefährdet werden.

Badischer Ministerialdirektor Scherer stimmt Herrn Vermuth zu
 Zur Verteilung gelangt das vom Grafen Posadowsky in der
 Sitzung vom 4. Februar mitgeteilte statistische Material über
 die gemischten Transitlager.

Dr. Spahn (C.) erklärt, daß erst durch den Zusatz „in den
 letzten drei Jahren“ für ihn der Antrag Heim annehmbar geworden
 ist. Er möchte aber doch noch eine andre Fassung vorschlagen, und
 zwar solle man statt „in den letzten drei Jahren“ sagen, „nach dem
 Durchschnitt der Zufuhr in den letzten drei Jahren“.

Dreesbach (Soc.): Die Herren vom Centrum wollen Anträge
 annehmen, die Mannheims gemischte Transitlager vernichten würden.
 Das wäre die schwerste Schädigung Baden und Süddeutschlands.
 Der Umstand, daß in den wenigen Tagen seit Bekanntwerden der
 Anträge gegen die Lager so viele Petitionen eingelaufen seien,
 solle die Mehrheit doch ruhig machen. Im badischen Landtage
 hat Minister Buchenberger sich entschieden gegen die Vernichtung
 der Transitlager ausgesprochen. Die Annahme des Antrags
 Heim würde auch die Lager in Danzig und Königsberg
 vernichten. Denn wenn die andern Lager im Inlande ver-
 nichtet sind, dann wird in den Ostseehäfen auch der Binnenhandel
 steigen und bald mehr als die Hälfte des Gesamthandels betragen.
 Dann müßten nach dem Antrag Heim auch diese Lager beseitigt
 werden.

v. Kardorff (Rp.) hält an dem Antrag des Grafen Schwerin
 fest, der damit, daß er nur an den Seeplätzen gemischte Transitlager
 zulassen wolle, das richtige treffe. Der Großhandel könne und müsse
 sich damit abfinden.

Fischbeck (fr. Sp.): Der Großhandel werde sich nur so helfen
 können, daß er über die Grenze gehe. Aus den Erklärungen der
 Regierung gehe hervor, daß sie das größte Gewicht auf die
 Erhaltung der Lager in Mannheim und Stralsburg lege. Stralsburg
 habe sieben Millionen für Hafenanlagen ausgegeben, die verloren
 seien, wenn man das Transitlager aufhebe.

Badischer Gelehrter Dr. v. Jagemann bezeichnet den Antrag
 Heim als unklar. Die Jahre müßten festgestellt werden, von wann
 ab die Berechnung erfolgen solle.

Speck (C.) behauptet, daß der Antrag Heim den Motiven ent-
 spreche. Wenn die badische Regierung die Mannheimer Lager vor
 Schanden bewahren wolle, dann hätte sie gegen die Aufhebung der
 Zinsfreiheit für Zollkredite stimmen müssen. Die Worte in der Vor-
 lage „wenn ein dringendes Bedürfnis vorliegt“ seien eine größere
 Gefahr für die Lager als der Antrag Heim.

Schlagsekretär Thielmann: Duisburg und Köln, die einen
 großen Getreidehandel haben, brauchen wegen ihrer geographischen
 Lage keine Transitlager. In München sind nicht, wie Heim be-
 auptet, 99 Proz., sondern nur 72—75 Proz. aus dem Transitlager
 in das Inland verkauft worden.

Badischer Ministerialdirektor Scherer: Der Sach in den
 Motiven, auf den sich Herr Speck berief, hat nur zur Verhütung
 der Kaufsteuer dienen sollen und ist nicht wörtlich zu nehmen. Von
 der Verzinsung des kreditierten Zolls werden die gemischten Transit-
 lager nicht getroffen, da sie das zur Ausfuhr bestimmte Getreide
 nicht zu verzollen brauchen und daher der Zollkredit nicht in Frage
 kommt.

Nach weiterer Debatte wird zur Abstimmung geschritten. Der
 Antrag Schwerin wird mit 15 gegen 18 Stimmen abgelehnt,
 ebenso die Anträge Speck und Heim und das Amendement
 Fischbeck. Die Worte „dringendes Bedürfnis“ werden in der Vor-
 lage aufrecht erhalten und die Ziffer 1 der Regierungsvorlage
 in ihren vier Absätzen mit 16 gegen 12 Stimmen unverändert an-
 genommen.

Ziffer 2 des § 9 bewilligt reine Transitlager ohne anti-
 taylorische Mitverfälschung für nicht gehobenes Bau- und Ruh-
 holz. Gemischte Transitlager dieser Art können bewilligt
 werden; der Bundesrat bestimmt, an welchen Orten sie zulässig sind.
 Für Abfälle, die bei der Bearbeitung von Bau- und Ruhholz in den
 Transitlagern entstehen, tritt, wenn die Holzarten ins Ausland geführt
 werden, ein vom Bundesrat zu bestimmender entsprechender Nach-
 laß ein.

Dr. Deumer (natl.) will weniger rigoros gegen die gemischten
 Holz-Transitlager vorgehen.

Speck (C.) weist auf Petitionen aus Ludwigshafen und Königs-
 berg i. Pr. hin, die gesetzliche Festsetzung der Nachschlageprocente für
 Abfälle wünschen.

Stadthagen hält diese Normierung für notwendig.
 Unterstaatssekretär v. Fischer wünscht die Normierung in die
 Hand des Bundesrats gelegt.

Ziffer 2 des § 9 wird in der Fassung der Vorlage unverändert
 angenommen.

Ziffer 3 des § 9 bestimmt daß man auch den Inhabern von
 Mühlen und Mälzereien bei der Ausfuhr ihrer Erzeugnisse
 Einfuhrschleuse über eine entsprechende Menge Getreide oder Hülsen-
 frucht erteile. Ueber das hierbei in Rechnung zu stellende Ausbeute-
 verhältnis trifft der Bundesrat Bestimmung.

Gothein (fr. Sp.) beantragt, diese Bestimmung auszudehnen
 auf die Meißelmühlmehlen und Hefefabriken.

Brömel (fr. Sp.) beantragt, den bisherigen Zustand wieder
 herzustellen.

Danach wird den Inhabern von Mühlen oder Mälzereien für
 die Ausfuhr der von ihnen hergestellten Fabrikate eine Erleichterung
 dahin gewährt, daß ihnen der Eingangszoll für eine der Ausfuhr
 entsprechende Menge des zur Mühle gebrauchten ausländischen Ge-
 treides nachgelassen wird. Der Ausfuhr der Fabrikate steht die Nieder-
 legung derselben in einer Zollniederlage unter amtlichem Beschluß
 gleich. Ueber das Ausbeuteverhältnis trifft der Bundesrat Be-
 stimmung. Das zur Mühle z. zollamtlich abgefertigte aus-
 ländische, sowie auch sonstige Getreide, welches in die der Steuer-
 behörde zur Lagerung des ausländischen Getreides angemeldeten

Die Insertions-Gebühren
 beträgt für die sechsgepaltenen Kolonnen
 je Zeile oder deren Raum 40 Pf., für
 politische und gewerkschaftliche Vereins-
 und Versammlungs-Anzeigen 20 Pf.,
 „kleine Inserate“ jedes Wort 5 Pf.,
 (nur das erste Wort frei). Inserate für
 die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr
 nachmittags in der Expedition abgegeben
 werden. Die Expedition ist an Wochen-
 tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und
 Festtagen bis 3 Uhr vormittags geöffnet.

Telegramm-Adresse:
 „Socialdemokrat Berlin“

Münze eingebracht ist, darf in unverbesserlichem Zustande nur mit Genehmigung der Steuerbehörde veräußert werden. Zuwiderhandlungen werden mit einer Geldstrafe bis zu 1000 M. geahndet.

Brömel weist zur Begründung seines Antrages auf den großen Anstieg der Mühlenfabrikate und der damit in Verbindung stehenden Steigerung der Mühlenrenten hin, welche ohne diese Erleichterung große Schäden erleiden würden. Die großen Mühlen kommen in noch ungünstiger Lage, wenn ihnen die Mühlenrenten genommen werden. Auf dem inländischen Markt bleiben sie konkurrenzfähig, auf dem Weltmarkte werden sie konkurrenzunfähig. Dabei sei doch die Erhaltung der Mühlenindustrie für die Armeeverwaltung sehr bedeutungsvoll.

Unterstaatssekretär v. Fischer erklärt, daß die Regierung ein Bedürfnis der Mühlenrenten nicht mehr anerkennen könne. Für die kleinen Mühlen hätten die Renten Nachteile.

Gothein (fr. Vg.) tritt Brömel bei und weist auf die Verhältnisse der großen Mühlen in Breslau hin, die auf dem Weltmarkt auch nur schwer konkurrenzfähig wären, wenn man ihnen die Renten entziehe.

Der Antrag Brömel wird hierauf gegen die Stimmen der Freisinnigen und Sozialdemokraten abgelehnt. Die Beratung der Ziffer 3 des § 9 und des Antrages Gothein wird auf Freitag 10 Uhr vertagt.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 6. Februar.

Die Volkswirtschaft.

In der Kommission hat die Regierungsmehrheit bereits Erfolge erzielt. Während die Wucherparteien noch jüngst in der Frage der Ursprungssteuer agrarisch über die Regierungsvorlage hinausstritten, wodurch die offizielle Warnungsnote hervorgerufen wurde, haben sie jetzt bei der Beschlußfassung über die gemischten Transitlager eine Taktik befolgt, welche die Regierungsvorlage zum Siege führen mußte. Konservative und Centrum haben ihre Forderungen in zwei verschiedene, sehr ähnliche Anträge gefaßt, und jede der beiden Parteien hat den Antrag der bescheidenen niedersinken gelassen, so daß die Regierungsvorlage übrig blieb. Die „Deutsche Tageszeitung“ entwirft sich zwar gegen das Centrum, das die Verständigung durchbrochen habe, doch das hat keine erhebliche Bedeutung. Die Konservativen und das Centrum haben ihren Kollisionspunkt die agrarischen Pflichten erfüllt und es ist nicht ihre Schuld, wenn „man“ die Bestimmungen der Regierungsvorlage zur Annahme gelangen.

Die „Frankf. Ztg.“ will von unterrichteter Seite wissen, daß die offiziöse Note der „Nordd. Allg. Ztg.“ tatsächlich ein Ultimatum an die agrarischen Parteien bedeutet und daß die Regierung bereits mit Remoissenen rechnet. So wenig Sicherheit uns diese letzte Mitteilung zu haben scheint, so ist die Wirkung der Note jedenfalls vorläufig eine sehr starke. Auch die Wucherparteien müssen die Note ernst nehmen. Die „Kreuz-Zeitung“ fährt fort, nur sehr müde für den Versuch eines Hinausgehens über die Regierungsvorlage einzutreten. Und die „Post“ glaubt sich schon in der Lage, bestimmte Grundlagen für eine Einigung der Schugzölner nicht nur vorzuschlagen, sondern die Annahme dieser Grundlagen auch als bereits gesichert anzudeuten. Nach der „Post“ soll von der Erhöhung des Roggenzollens abgesehen werden, dagegen soll der Mindestzoll auf Weizen von 5,50 auf 6 Mark emporgesetzt werden. Die „Post“ glaubt ferner, daß „man“ nunmehr in der Kommission die nötigen Lehren gezogen habe und „in der Folge energisch und geschlossen ohne jeden Nebenweg auf das Ziel hinarbeiten“ werde.

Zur Zeit also ist die agrarische Obstruktion gründlich eingeschüchtern. Wie aber wird „Circus Busch“ zu diesem ungeheuerlichen Verrat der agrarischen Parteien führen? —

Der Reichstag

lieh auch am Donnerstag noch Herrn v. Tirpitz draußen warten, sowie weiland Kaiser Heinrich im Schloßhofe zu Canossa gewartet hat. Die Ungebuld des Staatssekretärs der Marine, vor die Klinge zu kommen, muß groß sein. Gestern wie heute sahen die Späher seines Hauses auf der letzten Bank der Bundesrats-Strade und warteten bis in die sechste Stunde auf die Erlebigung des Etats des Innern. In der Hofloge hatte der neue Adjutant des Kaisers, der Kapitän zur See v. Müller, Platz genommen und harrete ungeduldig auf den Beginn der Verhandlungen über den Marine-Etat. Kurz vor fünf ergriff der Herr Milze und Handschuhe und verschwand. Seinem Beispiel folgten die zahlreichen Marine-Offiziere, die sich auf den Zuhörertribünen eingefunden hatten. Freitag werden sie wiederkommen.

Es war auch wirklich noch sehr viel beim Etat des Innern zu erledigen. Die Debatte begann beim Aufsichtsrat für die Privatversicherung. Hier brachte Genosse Vlos den Versuch der herzoglich braunschweigischen Staatsregierung zur Sprache, die Gewerkschaften auf Grund des Gesetzes über die Privatversicherung zu fassen und unter Staatsaufsicht zu stellen. Dabei ist auf unser Vetreiben in dieses Gesetz ausdrücklich eine Bestimmung aufgenommen worden, die die Gewerkschaften, soweit sie ihren Mitgliedern nicht ein klagesbares Recht auf Unterstützung gewähren, davor schützt, unter die einengenden Paragraphen des Versicherungsgesetzes zu fallen. In der Centrale wußte man noch nichts von dieser Rebellion eines Einzelstaates gegen die Beschlüsse des Reiches. Geheimrat Bruner suchte das Vorwissen so zu erklären, daß es vor dem 1. Januar dieses Jahres, also vor Inkrafttreten des Aufsichtsrates für Privatversicherung vorgekommen sei.

Sehr ausführlich wurde dann über das „Zillern“ gesprochen, einer eigentümlichen Art der Prämienberechnung, die der Reichstag ausdrücklich für zulässig anerkannt hat. Es scheint aber nun die Absicht zu bestehen, diese Methode von dem Belieben der Regierung abhängig zu machen. Allseitig war man über diese Vorgänge empört. Der verantwortliche Beamte hat in Privatgesprächen zwischen der zweiten und dritten Lesung die Zulässigkeit der Zillerei ausdrücklich anerkannt. Nun versuchte er diese Zusage als bedeutungslos und als nur gegeben hinzustellen, um das Gesetz zu stande zu bringen. Dieser Mangel an Loyalität zog ihm die heftigsten Vorwürfe, die sogar zu einem halben Ordnungsruf führten, zu, außerdem wird der Reichstag in der dritten Lesung eine Resolution annehmen, die den Reichskanzler ersucht, das Aufsichtsrat ausdrücklich zu instruieren, daß die Zillerei gestattet sei.

Dann wurde das Gebiet der Kunst betreten und über die Ausschmückung des Reichstags-Gebäudes gesprochen. Der nationalliberale Herr Deinhard, der nicht nur treffliche Reime, sondern auch die Kunst liebt, wie er schon bei der lex Heinze bewiesen hat, empörte sich über die künstlerische Geschmacklosigkeit, die Harmonie des prachtvollen Kuppelbaus der Wandelhalle durch die in der Mitte aufgezogene

Säule mit dem Kopfe des alten Kaiser Wilhelm zu zerstören. Graf Ballestrem mußte in die Arena hinabsteigen, um diesen provisorischen Beschluß der Reichstags-Vaukommission zu verteidigen. Vorläufig sollen nur die Lichtwirkungen an der Fassade studiert werden, die auf einem grünen, mit gelben Leinwandstoffen behängten Sockel steht und der Bismarck-Figur draußen auf dem Königsplatze gerade in den Rücken sieht. Die Aufstellung der Fassade selber wurde nicht mit künstlerischen, sondern mit byzantinischen Gründen verteidigt: auf dem Schlußsteine des Gebäudes soll der Gründer des Reichs zu stehen kommen.

Auch bei der Debatte über die letzte Note für das Präsidialgebäude des Reichstags wurde die Einwirkung des Byzantinismus auf die Kunst gestreift. Herr Wallat ist bekanntlich in Ungnade gefallen und sitzt jetzt in Dresden. Auf ihn suchte Graf Posadowsky die Schuld für die von verschiedenen Seiten beklagte Verzögerung beim Bau des Präsidialgebäudes zu wälzen. Er soll mit den Zeichnungen für den inneren Ausbau im Rückstande geblieben sein. Singer nahm sich des großen Architekten an und betonte, daß nicht dieser, sondern Eingriffe der preussischen Bau-Akademie schuld wären, wenn beinahe sechs Jahre an dem Bau gebaut würde. Gleichzeitig stellte er die neugierige Frage, wer denn eigentlich hinter der preussischen Bau-Akademie stehe, und erinnerte dabei an das Schicksal mancher Bauprojekte der Berliner Stadtverwaltung. Graf Posadowsky beschränkte sich auf die Erwiderung, daß die preussische Revisionsbehörde die Last der Kontrolle der Reichsbauten gern abgeben möchte und sich nur von technischen Grundfragen leiten lasse.

Recht interessant gestalteten sich die Verhandlungen über die Tuberkulose-Bekämpfung. Hier giebt das Reich 85 000 M. zur Förderung der gemeinnützigen Bestrebungen auf Erziehung von Lungenheilstätten her. Diese winzige Summe ist natürlich ganz ungenügend. Singer ließ sich die Gelegenheit nicht entgehen, der Regierung dabei zu sagen, daß die wirksamste Bekämpfung der Tuberkulose eine Aenderung ihrer Volkspolitik, eine bessere Arbeiterschutz-Gesetzgebung und eine vernünftige Gewerbelegierung wären. Nachdem Graf Posadowsky ein ausführliches Programm der Tuberkulose-Bekämpfung entwickelt hatte, wobei er betonte, daß nur die schlechte Finanzlage die Einstellung einer so geringen Summe in den diesjährigen Etat bewirkt hatte, entwickelte sich durch den Vorstoß Singers eine lebhafteste Jolltarif-Debatte.

Zum Schluß wurde die Arbeiterwohnungsfrage angeschnitten. In diesen Etat sind vier Millionen eingestellt, die zur Beschaffung billiger Wohnungen für die kleinen Beamten und die Arbeiter in den Staatswerkstätten dienen sollen. Es soll Grund und Boden erworben und gemeinnützigen Baugenossenschaften und Privaten in Erbpacht gegeben werden. Auch ist die Hergabe von Hypotheken an diese Genossenschaften vorgesehen. Graf Posadowsky entwickelte bodenreformerisch angelegte Ansichten. Er bedauerte, daß der unbediente Wertzuwachs, der den Erwerb von früheren Staatsgrundstücken in der Leipzigerstraße in Milliardenhöhe zugefallen ist, nicht in die Kassen des Reichs geflossen ist. Gegen das Erbbaurecht äuherten nur Herr Schrader von der freisinnigen Vereinigung und Herr Dr. Grüger von der freisinnigen Volkspartei gewisse Bedenken; der letztere forderte dabei wieder eine Wohnungs-Statistik auch über die ländlichen Wohnungen.

Am Freitag ist Herr v. Tirpitz an der Reihe! —

Abgeordnetenhaus.

Das Abgeordnetenhaus beriet am Donnerstags in erster Lesung den Gesetzentwurf über die juristische Prüfung und die Vorbereitung zum höheren Justizdienst. Heute währt das Studium der Juristen sechs Semester, die Referendarezeit vier Jahre. Nach der Vorlage soll das Studium auf sieben Semester verlängert und dafür die Referendarezeit um ein Semester verkürzt werden.

Daß die heutige Vorbildung der Juristen nicht genügt, gaben fast alle Redner zu. Die Einführung des Bürgerlichen Gesetzbuchs und die sociale Gesetzgebung stellen an die Juristen höhere Anforderungen, insbesondere wird zu viel Theorie getrieben und die Praxis vernachlässigt. Diesen Uebelständen soll der Entwurf abhelfen. In Wirklichkeit aber wird damit nicht viel erreicht werden, wenn nicht, wie der Abgeordnete Träger (fr. Bp.) bemerkte, der Jurist sich mehr als bisher ins Volksbewußtsein hinein versetzt. Mit vollem Recht führte der freisinnige Redner aus, daß zahlreiche Gerichtsurteile im Widerspruch zu dem Volksbewußtsein stehen. Dieser Uebelstand aber wird, wie wir hinzufügen möchten, erst dann aus der Welt geschafft werden, wenn die Massenjustiz aufhört und an Stelle der gelehrten Richter Männer treten, die mit dem Volke fühlen und denken.

Im allgemeinen wurde der Entwurf sympathisch aufgenommen. Schwere Bedenken dagegen hat eigentlich nur der größere Teil der Konservativen. Der Redner dieser Fraktion, Abg. Dr. Jzmer, der übrigens für seine Person auf dem Boden des Gesetzentwurfs steht, hielt es für geschmackvoll, in seiner Rede ein Loblied auf das studentische Kneipenlausen zu singen und gleichzeitig die ersten wissenschaftlichen Bestrebungen der studierenden Jugend lächerlich zu machen. Nach ihm gehört es mit zur allgemeinen Bildung, daß man einen tüchtigen Humpen vertragen kann und nicht, sobald man ein paar Glas getrunken hat, unnützes Gerede redet. Herr Jzmer hält es für besser, der Student widmet sich der Geselligkeit, als daß er politisch simpelt und in öffentlichen Versammlungen und Vereinen in Anwesenheit des weiblichen Geschlechts über hohe sociale Fragen debattiert und dann womöglich mit der Einbildung nach Hause geht, als ob die Beschlüsse, die dort gefaßt sind, irgend welchen welterschütternden Wert haben. Diese zarte Anspielung auf den ausgelassenen sozialwissenschaftlichen Studenten-Verein wurde von den Dunkelmännern des Hauses mit verständnisvollem Beifall aufgenommen.

Ebenso taktlos, wie Herr Jzmer, benahm sich der freikonservative Abgeordnete Frhr. v. Zedlich, der vor einer Beschränkung der studentischen Freiheiten warnte und die „erzieherische Wirkung“ der Mensur pries. Was man durch eine Beschränkung der akademischen Freiheit gewinnen würde, würde man doppelt einbüßen durch die mangelhaftere Entwicklung des Charakters, die moralische, geistige und körperliche Energie. Dieser Verherrlichung des Duellens, dieser Aufforderung zur Gesetzesverletzung hielt keiner der drei anwesenden Minister, weder Herr Schönstedt, noch Herr Studt, noch Frhr. v. Hammerstein für nötig, auch nur mit einem Wort entgegenzutreten.

Im übrigen machte Frhr. v. Zedlich, ebenso wie eine Reihe anderer Redner, den bemerkenswerten Vorschlag, die

Referendare mehr als bisher in Staatswissenschaft und Nationalökonomie zu prüfen.

Erwähnenswert ist noch, daß, wie der Minister des Innern ankündigte, ein Entwurf über die Aenderung der Vorbereitung für den höheren Verwaltungsdienst dem Hause demnächst zugehen wird.

Die Vorlage wurde einer Kommission von 21 Mitgliedern überwiesen.

Am Freitag: Schluß der Beratung des Etats der Handelsverwaltung, Etat der Bergverwaltung.

Salisbury über die Friedensintervention.

Zur „Junior Constitutional Club“ hat am Mittwochabend der englische Premierminister Lord Salisbury eine Rede über die holländische Friedensintervention gehalten, die wahrscheinlich auch die Hoffnungen der Optimisten zerstören wird, die wärenten, England könne wirklich geneigt sein, auf die Intervention einer politisch bedeutungslosen Kleinmacht hin in einen Frieden zu willigen, der für England die Möglichkeit einer späteren Erneuerung des Krieges um die südafrikanische Herrschaft enthalte. Der englische Premierminister hat demgegenüber mit aller Unabdingbarkeit erklärt, daß England zwar mit Freuden Friedensvorschläge acceptiere, aber nur dann, wenn die Rechte des Königs (das heißt die Anktion der Boerenrepublik) anerkannt und die Sicherheit des Reichs verbürgt würden. Eine Bürgschaft für die Unendbarkeit eines neuen Boeren- und Afrikaner-Krieges bietet aber nur die Einverleibung der Boeren-Republiken und die Verwandlung derselben in ein großes britisches Militärlager — mindestens auf 1—2 Jahrzehnte. Denn die vergifteten Wunden eines Krieges, der mit einer solch' beispiellosen Erbitterung geführt wurde, können sich unmöglich mit dem Augenblick schließen, wo der Frieden geschlossen wird, ein Frieden, der nur als Waffenstillstand angesehen werden könnte. Das weiß England nur zu genau, und deshalb wird es nur in einen Frieden willigen, der die effektiv bedingungslose Unterwerfung der Boeren und deren dauernde nationale Unsichermachung bedeutet.

Nur zwei Umstände könnten England veranlassen, mildere Saiten anzugleichen: die Ueberzeugung der Unmöglichkeit, den Gegner mit militärischen Nachmitteln zu Boden zu werfen, oder die wirklich ernstgemeinte und eindrucksvolle Intervention einer zu respektierenden Großmacht resp. mehrerer Großmächte. In eine solche Intervention denkt aber keine der Regierungen der in Frage kommenden Mächte. Daß es an all' und jeder Möglichkeit einer solch' wirksamen Intervention fehle, wollen wir keineswegs behaupten, wohl aber fehlt es an dem guten Willen. Ueber die Vergewaltigung des Völkerrechts regt sich eine Regierung nicht auf. Einem „Realpolitiker“ wie beispielsweise Herrn Milow sind die Boeren Gebra, und ebenso realpolitisch denken auch die übrigen Staatsmänner. Das Völkerrecht, die Humanität bedeutet ihnen nichts, während sie doch im Falle Englands vor der gleichen imperialistischen Brutalität keinen Augenblick zurückschrecken. Eine Kräfte hat der andern nicht das Auge aus, wenigstens so lange es sich nicht um einen Deutestreit wegen desselben Objekts handelt.

England befürchtet so wenig die Intervention einer andern Macht, daß sein Premier es sich geflatten zu dürfen glaubte, die holländische Friedensintervention sogar ein wenig zur Zielscheibe seines Spottes zu machen. Oder ist es nicht Spott, wenn Salisbury bemerkte, er könne sich absolut nicht vorstellen, welches Ziel eigentlich die holländische Regierung mit dem von ihr längst unternommenen Schritt zu erreichen hoffte. Viele liebeswürdige, vortreffliche Leute hegen vielleicht den Wunsch, England solle alles opfern, um einen Frieden zu jaumenzustumpfen, der doch nicht andauern würde; sie möchten aber bedenken, daß jetzt von Gefühlen und Empfindungen keine Rede sei. England habe ein „Geschäft“ angefangen, das es durchführen müsse.

Die Voerendelegerierten im Haag scheinen sich dem auch über die Lage keinerlei Zusätsungen hinzugeben. Wenigstens sollen sie sich nach einem Neuter-Telegramm dahin ausgesprochen haben, daß sie von der Ablehnung des holländischen Vorschlages keineswegs überrascht seien. Sie würden vielmehr in ihrer Meinung bestärkt, daß nicht die mindeste Aenderung in der englischen Kriegspolitik eingetreten sei, daß sie nach wie vor alles daran setze, das Voerenvolk auszurotten. Die Fassung der Antwort der englischen Regierung hindere jeden Gedanken der Voerendelelegation, England um freies Geleit oder sonst etwas zu bitten. —

Deutsches Reich.

Ein kleines Mittel gegen die Freizügigkeit.

Im Ständehause der Provinz Brandenburg in der Rathhausstraße ist am Donnerstag der Deutsche Landwirtschaftsrat zu seiner diesjährigen Tagung zusammengetreten. Wie Herr Dade mitteilte, hatten ca. 40 Minister und Regierungsbeamte ihre Anwesenheit bei dieser hochagrarischen Veranstaltung zugesagt.

Das Thema der ersten Sitzung war: „Die Rückkehr der vom Lande stammenden Rekruten nach absolvierter Dienstzeit auf das Land.“ Alle Redner beklagten schwer das Fließen der Rekruten, die zur Entlassung gelangenden Soldaten für die Landwirtschaft wieder zu gewinnen, auch der von den Kriegerverwehren gegründeten Arbeitsnachweise. Der Landwirtschaftsrat will nun auf andern Wegen das erstrebte Ziel erreichen. Folgende Erklärung wurde ihm durch die Referenten vorgelegt:

Der Deutsche Landwirtschaftsrat erklärt: 1. Die von landwirtschaftlichen Körperlichkeiten angestellten Versuche, durch Einrichtung von Arbeitsnachweisen die vom Lande stammenden Rekruten nach ihrer Entlassung wieder dem Lande zuzuführen, haben bisher nur geringe Erfolge gehabt. — Gleichwohl empfiehlt es sich, diese Versuche fortzusetzen und, wo solche Arbeitsnachweise noch nicht bestehen, dieselben einzurichten und so zu organisieren, daß möglichst in jeder Garnison eine Arbeitsnachweisestelle gebildet wird. — Um eine genauere Kenntnis über den tatsächlichen Bedarf des Wohnortes und Berufes bei den entlassenen Rekruten zu gewinnen, beschließt der Deutsche Landwirtschaftsrat, bei dem Herrn Reichskanzler und dem Kriegsminister zu beantragen, daß bei der Entlassung der Mannschaften nicht nur, gemäß der Dienstvorschrift über Marschgebühren, der Bedarf des Aufenthaltsortes, sondern auch der des Berufes und insbesondere der Uebergang vom landwirtschaftlichen Beruf zu einem andern festzustellen und daß diese Verzeichnisse zu einer übersichtlichen Aufstellung für das Reich, die einzelnen Staaten und Landesteile verarbeitet und veröffentlicht werden. — 2. Des weiteren wird beantragt, die Bestimmungen im § 15 Nr. 2 der Dienstvorschrift über Marschgebühren für die Einberufung zum Dienst, sowie bei Entlassungen vom 13. September 1887 dahin abzuändern, daß bei der Entlassung Marschgebühren nach einem andern Orte wie der Heimat nur dann gewährt werden, wenn eine Bescheinigung der zuständigen Polizeibehörde darüber vorgelegt wird, daß die zu Entlassenden an dem angegebenen Ort ein für dauernden Aufenthalt bestimmtes Unterkommen gefunden haben. Die Polizeibehörden sind anzuweisen, die erforderlichen Bescheinigungen

nur dann anzustellen, wenn derselben das längere Verbleiben der zu Entlassenden an dem neuen Wohnort infolge einer dauernden Anstellung oder Thätigkeit oder durch sonstige Verhältnisse glaubhaft nachgewiesen erscheint. — Soweit möglich, empfiehlt es sich, die Nachsorgegebühren nicht in barem Gelde, sondern durch Freifahrt eine, welche nur für die auf denselben angegebene Strecke Gültigkeit haben, zu gewähren. — Der Landwirtschaftsrat glaubt auch bei diesem Anlaß wiederholt darauf hinzuweisen zu müssen, daß die Weidhaltung und Vermehrung der kleineren Garnisone auf dem Lande erheblich dazu beitragen wird, die vom Lande stammenden Rekruten nach der Entlassung der ländlichen Arbeit zu erhalten. — Da die Befreiung der Freizügigkeit für die Arbeiter sich vorläufig noch nicht durch die Gesetzgebung erreichen läßt, so versuchen die Kreise des Zunftwesens im Landwirtschaftsrat ihr edles Ziel auf dem in dieser Erklärung angegebenen Wege zu erreichen. Die Erfüllung der Forderung des Landwirtschaftsrats würde das Ende der Freizügigkeit für die zur Entlassung gelangenden Soldaten bedeuten. Es käme das einer zwingenden Abscheidung auf das Land gleich, wo dann die betreffenden für die Erfüllung ihrer Dienstpflicht damit entlohnt werden, daß sie den Zunkern zu beliebigen Arbeitsbedingungen zur Verfügung sein müssen. —

Das „Hebeler“-Verfahren, durch das der Staatsanwalt beabsichtigt, die Blamage des Reichs-Marineamts durch eine juristische Niederlage zu ergänzen, findet fast in allen Berliner Blättern erregte Bewunderung. Wir citieren z. B. die Äußerungen des „Berl. Tageblatt“:

„Es ist schließlich unerfindlich, worauf man eine derartige Beschuldigung gründen will; von einer „Hebeler“ kann in diesem Falle doch wahrlich nicht die Rede sein. Ein Zeugniszwangsverfahren gegen Leib zur Ermittlung des an der Veröffentlichung beteiligten Beamten hätte man, da es durch das Gesetz gestattet wird, begreiflich gefunden, mit welchen juristischen Feinheiten man aber die Anklage wegen Hebelerei begründen will, wird schließlich jemand ausfindig machen, wahrscheinlich auch der Staatsanwalt nicht, der das Verfahren eingeleitet hat.“

Die „Post“ sagt: „Handelt es sich aber nur um eine der Indiskretionen, deren in den jüngsten Jahren nur zu viele vorgekommen sind, so ist ein Verfahren wegen Hebelerei ausfindiglos. Ein solches Verfahren einzuleiten aber wäre ein Fehler, weil es mit einer Niederlage der Behörde enden müßte.“

Die Berliner „Vollst.“ bemerkt: „Auf die Begründung und Durchführung der Anklage auf „Hebelerei“ darf die gesamte Presse neugierig sein. Alle Blätter, ohne Unterschied der Partei, haben ein großes Interesse an dem Ausgange dieser Sache.“

Nur die „Post“ stellt sich an die Seite des Staatsanwalts.

Sie kann nicht verschmerzen, daß der „Vorwärts“ vor einigen Jahren die Aulstellung ihrer Redacteurs durch Abdruck einiger Briefe des Freiherrn v. Stumm aufgedeckt hat. Sie fordert deshalb, daß unser Venosio Leib, der erst seit einigen Monaten Redacteur des „Vorwärts“ ist, die Strafe für das damals vergeblich verfolgte Verbrechen eines verstorbenen Kollegen in Erbschaft nehmen müsse; sie plaidiert freundschaftlich auf „nervenschwache Hebelerei“.

Selbst ein Staatsanwalt könnte vor dem juristischen Weirat der „Post“ erschrecken.

Die deutsche Flottendemonstration gegen Venezuela soll, nach einer „Voss“-Meldung aus Washington, eine weitere Verschlebung erfahren und zunächst erst den Gegenstand einer weiteren Verständigung mit der Regierung der Vereinigten Staaten bilden, die während des Prinzenbesuches erfolgen soll. Das Bureau meldet: „In hiesigen Regierungskreisen verlannte, Deutschland der absichtliche gegenwärtig keine Schritte gegen Venezuela zu unternehmen. Der in dem deutschen Vorgehen gegen Venezuela eingetretene Stillstand ist, wie verlautet, auf den Besuch des Prinzen Heinrich in den Vereinigten Staaten, vor dessen Rückkehr nach Deutschland keine weiteren Schritte ergriffen werden sollen, zurückzuführen.“

Verkehrsbeherrschung im freien Amerika. Aus New York erfährt das „Bureau Voss“: Während der Anwesenheit des Prinzen Heinrich auf Shoobers Island darf außer den Eingeladenen, die legitimiert sein müssen, niemand die Insel betreten. Zum Zwecke der Absperzung sind 4000 Mann Marine- und Landtruppen aufgestellt worden. Eine Abteilung Militär wird die Ufer bewachen, andere Mannschaften werden auf Booten den Sicherheitsdienst versehen; auch die Hafenspolizei wird bei der Durchführung der getroffenen Vorschriften Unterstützung leisten. Vergünstigungsscheine dürfen sich nicht der Insel nähern, jedes Schiff, vom Ankerboot bis zum Dampfer, unterliegt den von den Marinebehörden getroffenen Anordnungen.

Ob die amerikanische Regierung aus eigener Initiative diese Maßregeln ergreifen wird, die sie zum Schutze ihrer eignen Repräsentanten für überflüssig hält?

Keine abgelehnten Auszeichnungen. Entgegen einer auch von uns übernommenen Korrespondenz, wonach 27 Unterbeamte und mehrere Ordensangehörigen, namentlich die ihnen zugedachten allgemeinen Ehrenzeichen abgelehnt hätten, erklärt die „Post“, daß der in dieser Sache zuständigen General-Ordenskommission dieser keine einzige Äußerung zugegangen sei, daß jemand von den am Geburtstage des Kaisers decorierten Personen eine Auszeichnung zurückgewiesen habe. Was im besonderen die Lehrer anbetrifft, so sei weder aus Anlaß des Ordensfestes noch aus Anlaß des Geburtstages des Kaisers ein Lehrer mit dem Allgemeinen Ehrenzeichen beliehen worden.

Die betreffenden Auszeichnungen stehen also einstweilen noch in höherem Aush, als die Chinadensünze, mit der man der Aufklärung wegen zahlreichen Unbeteiligten eine „Überraschung“ bereitet hat.

Das Zeugniszwangs-Verfahren ist gegen den Redacteur des „Golander“, Kreisblattes, eingeleitet worden. Er wurde in Haft genommen. Der Redacteur weigerte sich pflichtgemäß, den Verfasser einer Mitteilung über Verheimlichung einer ansteckenden Krankheit zu nennen.

Wie lange wird man noch Redacteurs von Gesetzen wegen zu erschöpfen Handlungen zwingen wollen?

Unter dem blühenden Anschlusse der Oeffentlichkeit hat das Marine-Oberkriegsgericht zu Danzig in einer Verhandlung gegen den Lieutenant zur See Otto Jobst vom nächstenpanzerschiff „Regia“ verhandelt. Das Urteil des Kriegsgerichts, das wegen Verleumdung und vorläufiger widriger Behandlung Untergebenen auf drei Monate Festungshaft gelangt hatte, wurde aufgehoben und dafür auf sechs Wochen zwei Tage Gefängnis und Entlassung aus dem Dienste erkannt. —

Eine Lockspiegel-Erklärung. München, 5. Januar. (Eig. Bericht.) In der heutigen Sitzung der Abgeordnetenkommission prozessualer der Abgeordnete Hr. Schmitt (Soz.) den Minister des Innern zu einer principiellen Erklärung über die Stellung der Regierung zur Lockspiegelerei. Anlaß hierzu gab ihm die Tatsache, daß vor einigen Monaten von einem Münchener Partei-Organ ein im Dienste der hiesigen Polizeidirektion stehender Spiegel entlarvt wurde. Der Minister erwiderte, die Regierung stehe auf dem Standpunkte, daß die Veräußerung von unläuternden Elementen zur Ausforschung und Ausborierung politischer Verdächtigten durchaus notwendig sei. Mit der von der „Allg. Post“ gelehrten Persönlichkeit sei man nur vorübergehend in Verbindung getreten. Der betreffende Mensch habe angezeigt, daß sich kurz nach der Ermordung des Königs von Italien ein „gefährlicher“ Anarchist in München aufhielt. Dieser Anzeiger habe man nachgehen müssen und bei der Vernehmung sei dem Anzeiger auch der Erfolg seiner event. Auslagen angeboten worden.

Seit dieser Zeit habe man keinerlei Verbindung mehr mit dem betreffenden Denunzianten.

Herr v. Feilich schloß seine Ausführungen bloß über mit der Bemerkung: Die Polizeidirektion hat keine Lockspiegel und wird sie nie in ihre Dienste nehmen. Ein Teil der bürgerlichen Presse meldet, die Schlußbemerkung habe gelautet: Die Polizeidirektion habe nie Lockspiegel gehabt. Wir konstatieren ausdrücklich, daß Herr v. Feilich so unglücklich war. Denn es hätte ihm nachgewiesen werden können, daß die Thätigkeit des „Meinungs-Mischels“, des in der sozialdemokratischen Partei berüchtigten Polizeikommissars Gehret in München ja im wesentlichen in Lockspiegel bestand. Hoffentlich sorgt nun der Minister auch dafür, daß die Polizeiverwaltung in Zukunft seinen Intentionen entspricht. —

Ausland.

Amerikanische Grausamkeiten auf den Philippinen.

London, 4. Februar. (Eig. Ber.)

Trotz der strengen Censur, die die Nachkommen Washingtons über die Philippinen verhängen, drängen von Zeit zu Zeit nach Europa gar traurige Nachrichten über die barbarische Kriegsführung der Amerikaner. Jetzt sind sie auch nach den Vereinigten Staaten gedrungen und der Bundesstaat wird sich mit ihnen bald zu beschäftigen haben. Wie Prof. Kendel Harris heute aus Philadelphia an die „Daily News“ berichtet, haben die dortigen Bürger an den Senat petitioniert, die Grausamkeiten gegen die Philippinen einzustellen. Die Petition stützt sich auf von Augenzeugen berichtete Thatfachen. Ihre Quelle ist die amerikanische Zeitung „Manila News“, die die Schandthaten der amerikanischen Soldateska brandmarkt. Der amerikanische General Smith haust dort noch schlimmer als Wehler in Kuba. Er hat Konzentrationlager eingerichtet. Gefangene Philippinos werden einfach niedergemacht, andre gefoltert, indem man ihnen Salzwasser einpumpt, um sie zum Reden zu veranlassen. Die Philippinos verlangen nichts weiter, als daß man ihnen Verschwenden in Washington Gehör schenkt, aber der „rohe Reiter“ Roosevelt antwortet ihnen ebensowenig, wie der Mördergeneral Wehler den Kubanern.

Diese Anklagen werden von dem republikanischen Blatte „Philadelphia Ledger“ gegen die republikanische Regierung erhoben und wahrscheinlich auch von anderen Blättern. Im Senat dürften sich wohl noch einige Männer finden, die die Petition der Philadelphier unterstützen und eine Debatte über den amerikanischen Imperialismus hervorgerufen werden.

Dänemark.

Eine Anzahl neuer Gesetzesvorschläge wurden dem Folkething am Sonnabend sechens der Regierung vorgelegt. Neben dem Vorschlag auf Einsetzung einer Landesverteidigungs-Kommission beanspruchten auch die vorgeschlagenen Lohnerhöhungen für die Unteroffiziere, für das Eisenbahnpersonal, für Post- und Telegraphen-Angehörige, sowie für die Zollbeamten besonderes Interesse. Hierzu werden zusammen ca. 2 1/2 Millionen Kronen erforderlich sein. Das Budget wird eine Unterbilanz von 4—4 1/2 Millionen Kronen aufweisen, von dessen Deckung eine Erhöhung der Eisenbahntarife, namentlich für den Personenverkehr (auf 2 Millionen berechnet) vorgeschlagen wird, ferner eine Erhöhung des Briefpostes im Inland von 8 auf 10 Ders, sowie eine Erweiterung der Staatslotterie. —

Schweden.

Schutz des Koalitionsrechts. Dr. Bergström hat in der Zweiten Kammer die Regierung aufgefordert, einen Gesetzentwurf zum Schutze des Koalitionsrechts, das zwar durch die Verfassung garantiert ist, aber, besonders auch in letzter Zeit wieder, häufig durch die Willkür der Arbeitgeber verletzt wird, anzuarbeiten. Besonders soll in dem Gesetz auch eine Bestimmung enthalten sein, wodurch solche Arbeitskontrolle, die den Arbeitern die Zugehörigkeit zu einer Gewerkschaft verbietet, für ungültig erklärt werden, und ferner sollen Strafen für Eingriffe in das Koalitionsrecht vorgeschrieben sein. —

Norwegen.

Regierung und Arbeitslosigkeit. In der Staatsratsitzung vom Montag wurde beschlossen, um der herrschenden Arbeitslosigkeit entgegenzuwirken, eine Nachbewilligung von über 800 000 Kronen für Eisenbahnarbeiten in diesem Budgettermin zu beantragen. Dadurch sollen nicht allein die für diesen Winter geplanten Entlassungen vermieden werden, sondern auch noch eine Anzahl neuer Arbeiter Beschäftigung finden. Wie verlautet, will auch das Landesverteidigungs-Departement Veranlassungen treffen, um der Arbeitsnot entgegenzuwirken. In nächster Zeit soll eine größere Anzahl Arbeiter bei Festungsanlagen Beschäftigung finden.

Wenn auch diese Maßnahmen bei der außerordentlichen Not nur wenig ins Gewicht fallen, so ist es jedenfalls anerkennenswert, daß die norwegische Regierung wenigstens etwas Abhilfe zu schaffen sucht, und ihr Vorgehen könnte andern Ländern zum Vorbild dienen.

Frankreich.

Französisch-venezolanischer Konflikt. Nach Deutschland ist nun auch Frankreich mit Venezuela in Handel geraten. Ursache der französischen Verstimmung ist das wider einen französischen Untertan ergangene Verbot der venezolanischen Regierung, die Landesgrenze zu überschreiten, um die angeblichen Interessen einer französischen Firma wahrzunehmen. Der „Figaro“ bespricht den französisch-venezolanischen Zwischenfall und sagt, Präsident Casiro habe sich, wenn er in dieser Angelegenheit auf die Monroe-Doktrin und den Schutze der Vereinigten Staaten rechte, geirrt. Frankreich unterhalte bessere Beziehungen zu den Vereinigten Staaten als Casiro gläubt; die Loyalität Frankreichs in dieser Beziehung stehe außer Zweifel. Casiro gebe sich den Anschein, als ob er dies nicht wisse, es sei die höchste Zeit, daß Frankreich durch energische Haltung dieser Komodie ein Ende mache.

Von einer Flottendemonstration scheint aber vorläufig noch keine Rede zu sein. —

England.

London, 4. Februar. (Eig. Ber.) Die Erbschaftswahl in Ecclestone, Cheshire, die durch das Absterben von Sir C. Ashmead-Bartlet (L.) nötig geworden, fand gestern statt. Der konservativ Kandidat Hr. S. Roberts wurde mit einer Mehrheit von 1112 Stimmen gewählt. Bei der letzten Wahl im Jahre 1900 betrug die konservative Mehrheit 1829 Stimmen.

Die Erbschaftswahl in East Downe (Hants, Irland) findet morgen statt. Der frühere Abgeordnete Dr. Kentoul, der ohne Opposition gewählt worden, mußte zurücktreten, da er zum Richter in London ernannt wurde. An seiner Stelle kandidieren Hr. Wood für die Wähler und Oberst Wallace für die Großgrundbesitzer. Das Programm von Hr. Wood ist bekanntlich zwingender Auslauf der Grundherren. —

Italien.

Zur Unterwerfung der Christlichen Demokraten. Der „Frankfurter Zeitung“ wird aus Rom gemeldet: Wie verlautet, negten die Intendanten des Vatikan über die Christlich-Demokraten. In nächster Zeit werden alle Christlich-demokratischen Vereine aufgelöst werden. Die politische Verbindung der Katholiken wird unter die Aufsicht der Bischöfe gestellt.

Afien.

Afghanische Sorgen. Die „Daily Mail“ meldet aus Kalkutta unterm 5. d. M.: Die aus Kabul hier einlaufenden Berichte über die Lage in Afghanistan bezeichnen dieselbe als kritisch. Unter den Truppen des Emirs mache sich eine allgemeine Unzufriedenheit bemerkbar und eine Reizung zur Meuterei. Die Bevölkerung sei unruhig und mißgestimmt. Trotzdem werde vor dem kommenden Frühjahr eine ernsthafte Erhebung nicht befürchtet. Dann aber, wenn die

Bergpässe vom Schnee frei würden, müsse man mit solchen Eventualitäten rechnen. Von anderer Seite kommen Meldungen, daß besonders der Einfluß von Gadda Mullah den Emir vollständig beherrsche und die eigentliche Ursache der allgemeinen Gärung sei. Eine Anzahl Fakirs und Mullahs durchziehen das Land und reizen die Stämme gegen den angeblichen Einfluß der Fremden auf. Nach anglo-indischen Quellen ständen diese Aufwiegler in russischen Diensten, während sie nach Berichten aus Turkestan lebhaft für die zur Zeit unter russischem Schutze lebenden Prätendenten auf den Thron des Emirs thätig sind. —

Der Rückzug Englands in Nordchina. Der Korrespondent der „Daily Mail“ in Kalkutta telegraphiert diesem Blatte, er sei in der Lage, mitzuteilen, daß die britische Regierung sich entschlossen habe, sowohl die Abicht, Weihaiwei zu besetzen, als die, es zu einem Plage mit Garnison zu machen, aufzugeben. Die Garnison werde gegenwärtig bereits zurückgezogen.

Eine andre Meldung besagt, daß England bezüglich Nordchinas mit Rußland zu einer derartigen Verständigung gelangt sei, daß es seinen Wert mehr darauf zu legen brauche, seine Position auf diesem Gebiete durch militärische Mittel zu befestigen. — In Wirklichkeit dürfte England zu der bitteren Einsicht gelangt sein, daß die Schaffung einer starken militärischen Position in Weihaiwei seine Kräfte nur zersplittert, die es an andern Punkten Asiens Rußland gegenüber zu konzentrieren alle Veranlassung hat. —

Japanisch-chinesische Annäherung. Den „Times“ wird aus Shanghai telegraphiert: Seit dem Tode Li-Hung-Tschang haben sich in bemerkenswerter Weise fremdliche Beziehungen zwischen China und Japan entwickelt. Die Annäherung zeigt sich besonders in der Haltung der Viceroys von Peking und dem Jangtschgebiet, die sich in hohem Grade auf den Rat der Japaner in Reorganisations- und Reformfragen verlassen. —

Parlamentarisches.

Militäretat.

Die Budgetkommission legte am Donnerstag die Berichterstattung des Militäretats bei den einmaligen Ausgaben des ordentlichen Etats für Kasernenbauten fort.

Die Forderung zur Beschaffung eines **Garnison-Exerzierplatzes** in Fulda, voller Bedarf, von 300 000 M. beantragt Abg. Doktor Haffke (natl.) abzulehnen, da sonst wieder Bauern gelegt werden würden.

Abg. Müller-Bulda (C.) bestätigt diese Auffassung.

Um diese Bedenken zu begegnen, beantragt Abg. Gröber (C.) die Forderung nur unter der Bedingung zu bewilligen, daß der preussische Fiskus den Eigentümern der zum Exerzierplatz zu verwendenden Grundstücke Ersatz in für sie gleichwertigen Grundstücken leistet.

Abg. v. Waldow (kons.) beantragt, in dem Antrag Gröber zu sagen: „Ersatz in nach Ansicht der Landwirtschaftskammern von Hessen gleichwertigen Grundstücken.“

Alle diese Anträge werden ebenso wie die Forderung selbst mit allen gegen wenige konservativ und Centrumsstimmen abgelehnt.

Von der Forderung für den Neubau einer Infanterie-Kaserne in Mainz werden 200 000 M. gestrichen; ebenso von der Forderung für die Geräte-Anstattung der Kaserne 21 250 M.

Die Forderung für den Neubau einer **militärischen Hochschule** in Charlottenburg wird abgelehnt.

Nächste Sitzung: Freitag 10 Uhr. Fortsetzung.

Der Boeren-Krieg.

Swift zwischen Smuts und Botha.

Ein von Smuts an Louis Botha gerichteter und aus Ermelo, den 2. September 1901, datierter Brief, der aufgefunden wurde, ist heute amtlich veröffentlicht worden. Dieser Brief ist die Antwort Smuts auf ein Schreiben Bothas, in welchem dieser Smuts von seinem Posten als Adjutant des Generalkommandos absieht, weil er die von Smuts für die Einschließung von Bremerdorp angegebenen Gründe für ungenügend hielt. Smuts verteidigt in dem Briefe die Einschließung von Bremerdorp und führt dann aus, daß das Verbrennen außerhalb der Boerengrenzen gelegener, vom Feinde für seine Zwecke benutzter Häuser gerechtfertigt sei, jeder Artigs fährende würde dasselbe gethan haben. Smuts erklärt dann in dem Briefe des weiteren, er habe Bothas Befehl erhalten, die Boerensfrauen fortzuführen, dafür, die Frauen über die englischen Linien abzuführen. Schließlich erhebt Smuts in dem Briefe energisch Widerspruch gegen seine Absetzung.

Ob der Brief echt ist? Lord Ritchener telegraphiert aus Pretoria, Oberst Kelewich berichte, eine englische Truppe unter Major Leaber habe 7 Kram von Delareys Kommando geüdet und 131 gefangen genommen, darunter den Kommandanten Carel Alberts, den Landdrost Botgelder und den Feldarzt Jan Dupleiff. Die Verluste der Engländer seien gering, niemand sei gefallen.

Kommunales.

Stadtverordneten-Versammlung.

6. Sitzung vom Donnerstag, den 6. Februar 1902, nachmittags 5 Uhr.

Auf den Glückwunsch der Versammlung zum Geburtstage des Kaisers ist ein längeres Dankschreiben eingegangen.

Zu

die Schuldeputation.

sind noch 2 Mitglieder zu wählen. Zur Stichwahl stehen Kreiting und Dr. Preuß mit je 50, Singer mit 52, Vogmann mit 40 Stimmen.

Gewählt werden Kreiting mit 72 und Preuß mit 69 Stimmen; Singer erhält 37, Vogmann 32 Stimmen.

Die Fraktion der „Neuen Linken“ hat durch den Stadtv. Dr. Nathan folgenden Antrag eingereicht:

„Den in Berlin wohnenden mit nachfolgenden ansteckenden Krankheiten: Ansbay (Lepra), Cholera (asiatische), Typhus, Fleck-Typhus (Niedhieber), Gelbfieber, Pest (orientalische Beulenpest), Poden (Blattern), Ruhr, Malaria, Scharlach, Mieseln, kontagiöse Augenkrankheit, Diphtherie, epidemische Genickstarre, Keuchhusten — befallenen Personen wird auf ihren Antrag oder bei Kindern auf Antrag des Vaters, der Mutter oder des Vormundes usw.

Kur und Verpflegung in den städtischen Krankenhäusern unentgeltlich gewährt. Die Unentgeltlichkeit der Kur und Verpflegung greift nicht Platz, insofern für den betreffenden Kranken eine Krankenkasse, die Dienstherrenschaft oder eine private Versicherungsgesellschaft einzutreten verpflichtet ist.“

Stadtv. Nathan verweist auf die Debatte über die Krankenhands-Kostenfrage, die zu dem Antrage seiner Freunde Veranlassung gegeben hat. Die preussische Kabinettsorder von 1835 und das Reichs-Gezengesetz von 1900 hätten den Weg zu demselben gewiesen. Aber während dort nur für Ausnahmefälle Vorkehrung getroffen sei, sehe der Antrag eine Verallgemeinerung dieser öffentlichen Fürsorge vor, indem er die Kur und Verpflegung bei ansteckenden Krankheiten überhaupt auf Antrag unentgeltlich gewähren wolle, ohne das damit den politischen Rechten des Antragstellers Abbruch geschehen dürfe. Für eine solche Lösung der Frage habe auch der

Stadt. **Cassel** Sympathie bekundet. Die notwendigen Ausnahmen von der Gratschbehandlung seien so ungenügend, daß der Antrag sowohl finanziell wie auch hinsichtlich der Zahl der verfügbaren Plätze in den Krankenhäusern wohl durchführbar erscheine.

Stadt. **Professor Landau** (A. L.): Der Antragsteller hat den hygienischen Standpunkt in den Vordergrund gehoben. Er hat außer den unter das Reichs- und Landesgesetz fallenden Krankheiten auch noch eine Reihe anderer Krankheiten in seinem Antrage aufgeführt, welche jenes verständiger Weise nicht in seinen Geltungsbereich aufgenommen hat. Bezüglich der ersteren Kategorie zwingt das Reichs- und Landesgesetz zur Krankenhausbearbeitung. Die Leute haben nicht bloß Angst, ihr Wahlrecht zu verlieren, wenn sie nicht ins Krankenhaus wollen, oder ihre Kinder nicht dahin schicken; das Motiv ist oft auch Ungebildetheit. Keuchhusten, Masern, Möteln gehören doch nur ausnahmsweise in die Krankenhäuser; es blieben darnach nur Typhus, Diphtherie, Scharlach und epidemische Genickstarre übrig. Es wäre auch ein medizinisches Ideal, wenn wir das Gemeinwohl durch Isolierung jedes erkrankten Individuums schützen könnten; aber wir lernen die Verbreitungswege, wie auch die Art und den Grad der Kontagiosität dieser Krankheiten noch nicht genau genug. Andererseits würden die Krankenhäuser ihrem eigentlichen Zweck entfremdet werden, sie würden Quarantäne- oder Isolieranstalten werden. Ungevoilt würden die Antragsteller auch den Kerkertand weiter verelenden (vehementer Widerspruch) und schließlich wäre die Annahme dieses Antrages der erste Schritt zur Wiederaufnahme des früheren Antrages; denn weshalb infektiöse Kranke ein Privilegium vor anderen Kranken haben sollten, ist nicht einzusehen. (Nachdem bei den Socialdemokraten.) Unsere Krankenhäuser sind gewiß noch mancher Verbesserung fähig, aber davon steht im Antrage nichts. Ich empfehle, den Antrag einem Ausschuss zu überweisen. (Beifall und Zischen.)

Stadt. **Dr. Neumann** hält den Antrag für geeignet, einen Fortschritt auf dem Gebiet der Krankenhausbearbeitung insoweit einzuleiten, als Masern, Scharlach und Diphtherie in Betracht kommen. Es wäre zu erwägen, ob nicht neue Kinder-Krankenhäuser von Stadt wegen errichtet werden müßten. Dem Antrag in seiner Allgemeinheit könne er nicht zustimmen, da er allzusehr über den getwollten Zweck hinausgehe.

Stadt. **Cassel** (A. L.) lehnt die Ehre, der geistige Urheber des Antrages Rathen zu sein, ab und ist für diesen Antrag nicht zu haben. Er habe nur von der Vorbeugung der Krankheit gesprochen und könne nach wie vor nicht fassen, wie die Antragsteller auch dem Reichsten und Zahlungsfähigsten unentgeltliche Krankenpflege zuwenden wollen. Auch die statistischen Angaben des Stadt. Rathen seien nicht einwandfrei. Schon jetzt werde jeder Inficirte in die städtischen Krankenhäuser aufgenommen. (Widerpruch.) Dann bringen Sie doch konkrete Fälle vor! Eine nützliche Anregung könne ja immerhin aus dem Ausschusse herauskommen.

Stadt. **Sanitätsrat Ruge** (A. L.): Ich bin für den Antrag und habe ihn nur zufällig nicht unterschrieben; ich konstatiere das, weil Professor Landau das Fehlen der Arznei unter dem Antrage hervorhob. Der Zweck des Antrages ist doch neben der Verminderung der Anstaltungsgefahr auch ganz besonders der, den Unbemittelten das Wahlrecht zu retten. (Zu-) und lebhafteste Bewegung bei der Mehrheit.) Ich bitte ebenfalls um Ausschussberatung.

Stadt. **Stadthagen** (Soc.): Es scheint doch eine größere Zahl der Mitglieder zu der Erkenntnis gekommen zu sein, daß auf dem Gebiete der Krankenhausbearbeitung etwas mehr geschehen muß als bisher. Herr Landau ist darin beizustimmen, daß die Krankenhäuser dazu da sind, alle Anstaltsbedürfnisse aufzunehmen. Ich streue mich darüber und hoffe, Herr Landau wird im Ausschuss weiter gehen und die unentgeltliche Aufnahme event. als unumgänglich erklären; ich danke dem Kollegen Landau ausdrücklich dafür; denn das war ja der Kernpunkt unseres vor einigen Wochen abgelehnten Antrages. Das Juradiversionen trotz ärztlichen Aufnahmescheines vorgekommen sind, steht ja fest; erst vor wenigen Tagen ist ein solcher Fall geschehen. Sie kommen recht häufig vor, nur die Beschwerden darüber sind außerordentlich selten. Eine kleine Enquete bei den Ärzten und Krankenschwestern, ob Kranke wegen Mangel an Platz nicht aufgenommen sind, würde zu beschämenden Resultaten führen. Wir werden im Ausschuss auch zu der Feststellung kommen müssen, wie viele neue Krankenhäuser für Anstaltspflegebedürftigen notwendig sind. Wenn Herr Landau Keuchhusten, Masern und Möteln abschließt, so lehnt er sich damit gegen unsere Statistik auf. Recht hat er dagegen damit, daß noch eine Menge anderer Krankheiten einbezogen werden müßten. Nidfallfieber, Kindbettfieber, epidemische Kopfstärke gehören auch noch hierher, desgleichen Krätze, Trichinose, Malaria, Cholera u. a. Zu einem gedeihlichen Ergebnisse wird der Ausschuss nur gelangen können, wenn er sich überzeugt, daß es überhaupt keine Krankheit gibt, die nicht unter Umständen für andre gefährlich werden kann. Es wird Ihnen nichts übrig bleiben, als sich zu dieser Anschauung zu bekennen, und dann wird man sich auch allgemein damit befassen, daß der erwähnte Zweck der Krankenhäuser auch erfüllt wird, und daß speziell ein Verdienst der Deduktion des Kollegen Landau sein. Juradiversionen muß ich den Schluß, welchen er auf die Verleumdung des Kerkertandes zog. Dann müßte man ja jede prophylaktische Maßregel unterlassen, denn je weniger Kranke, desto elender geht es den Ärzten. Die Vermehrung der Krankenhausbearbeitung kann die wirtschaftliche Stellung des Kerkertandes nicht beeinflussen.

Stadt. **Rosenow** (A. L.) tritt den Ausführungen des Kollegen Landau vor allen Dingen entgegen, daß nur im Falle eines Notstandes der Antrag diskutierbar wäre.

Nachdem noch Stadt. **Friedemann** (A. L.) gegenüber dem Stadt. Ruge erklärt hat, daß ihm bei der Unterzeichnung des Antrages die Rücksicht auf das Wahlrecht ganz fern gelegen habe, sondern daß für ihn die Rücksicht auf die Verminderung der Anstaltungsgefahr maßgebend gewesen sei, geht der Antrag an einen Ausschuss von 15 Mitgliedern.

Der für die Prüfung des Vorentwurfs zum Neubau eines städtischen Amtes

zur Untersuchung von Radrängen und Genutzmitteln sowie Gebrauchsgegenständen niedergesetzte Ausschuss hat beschlossen, bei der Versammlung zu beantragen, den Magistrat zu ersuchen, das Entschieden einiger Sachverständigen darüber einzuholen:

1. ob der für das Amt vorgeschlagene Platz für die in der Magistratsvorlage angegebenen Zwecke genügt, insbesondere, wie viel Untersuchungen täglich vorgenommen werden können,

2. wie viel Arbeitsplätze erforderlich sind, wenn das Amt einen amtlichen Charakter besitzt, d. h. bei 30 Untersuchungen jährlich auf 1000 Einwohner.

Stadt. **Strahmann**: Der Magistrat hat bereits Sachverständige zu Rate gezogen, ist auch in steter Fühlung mit einem vorzüglichen Fachmann bis zu diesem Augenblicke gewesen. Auch die Vorentwürfe haben diesen Herrn, dem Professor Verward Fischer in Breslau, vorgelegen. Die Breslauer Anstalt, welche die ganze Provinz Schlesiens und alle forensischen Sachen hinter sich hat, hatte nur 2071 Untersuchungen jährlich; die im Ausschuss berechnete Zahl von 54 000 Fällen für Berlin ist lediglich Zukunftsmusik. Wir können höchstens auf 24 000 Untersuchungen kommen; der Anschlag wird ein sehr bescheidener sein. Der Anschlag ist ausreichend, zumal einzuweisen noch eine große Menge von Objekten, wie die Wasser-, Gas-, Kanalisationswerke anspricht. Eine Verkleinerung der Angelegenheit wäre sehr unerwünscht. Die Lage des Bauplatzes ist höchst wertvoll auch wegen des Mangels beliebiger Nachbarschaft.

Stadt. **Dr. Paul** (A. L.) äußert sich in demselben Sinne. Von dem Vorschlage, jetzt schon einen Direktor zu wählen, sei Abstand zu nehmen, da das Institut nicht vor 3 Jahren ins Leben treten könne. Weiterer Gutachten bedürfe es aber nicht mehr. Das Projekt sei ja längst befähigt und 100 000 M. dafür zur Verfügung gestellt; warum jetzt bei der Baufrage diese Umsicht und Bescheidenheit. Man solle sich doch nicht hinter so Kleinliche Bedenken verstecken, um Verkleinerungstaktik zu treiben. (Starker Beifall.)

Stadt. **Kuhlmann** (Reaktion Komm.): Die Mehrzahl meiner Freunde nimmt den Ausschussantrag an. Es kann sich ja nur um einige Wochen Aufschiebung handeln.

Stadt. **Rosenow** (A. L.): Seit Jahren bemüht sich die Stadt im Gegensaß zu den Behörden, ein Gesundheitsamt zu errichten. Wir haben jetzt das Vorprojekt, und jetzt kommt man mit allerlei Einwänden, die im Grunde darauf zurückgehen, daß das Postgepräbium inzwischen ein eigenes kleines Laboratorium derart eingerichtet hat. Stellen wir uns nicht in unverantwortlicher Weise bloß, wenn wir jetzt mit der Errichtung von neuem anfangen? Wir brauchen ein solches Untersuchungsamt, wir können es errichten und wollen daran nicht rütteln lassen. Zeigen wir einmal, daß wir als Stadt auch selbständig mit einer solchen gemeinnützigen Einrichtung vorgehen können!

Stadt. **Friederici** (A. L.): Wir haben alles Interesse, die Vorlage schleunigst zur Wirklichkeit werden zu lassen. Sachverständige sind genügend gehört worden.

Stadt. **Wurm** (Soc.): Wir sind wie alle andern Kollegen für die möglichste Beschleunigung der Errichtung, aber wir stimmen für den Ausschussantrag, weil wir nicht etwas zu stunde bringen wollen, was nachher sehr bald wieder umgetrieben werden muß. Der Bauplatz soll derselbe bleiben, aber wir müssen doch prüfen, wie die innere Einrichtung gemacht werden soll. Die muß sich nach den verfolgten Zwecken richten, diese sind aber sehr vielfältig. Ganz abgesehen von zukünftigen Vergrößerungsplänen genügt schon das Vorgeschlagene, um die in dem Ausschussantrag aufgeführten Bedenken hervorzuheben. Es sollen die Leiter chemischer Institute, auch Privatinstitute, um Auskunft gebeten werden. Die Auskunftserteilung wird ja hoffentlich auch nicht lange auf sich warten lassen; nach diesen Auskünften läßt sich berechnen, wie viel Arbeitsplätze wir brauchen und ob die in dem Gebäude unterzubringen sind. Es wird sich dann zeigen, ob wir noch Plätze für ein biologisches und für das hydrologische Institut übrig behalten. (Zurückweisende Lärme.) Bei einem chemischen Laboratorium kommt es auf jeden Raum bis ins kleinste Detail an. Es könnte ja auch daran gedacht werden, uns auf die Untersuchung der Rohstoffe und Genußmittel allein zu beschränken. Das muß doch aber auch feststehen, ehe der Bauplan festgelegt wird. Auch der Stadtrat selbst ist sehr wandelbar in seinen Anschauungen. Er meinte heute, das städtische Amt würde der privaten Untersuchungstätigkeit keine Konkurrenz machen, man werde keine billigeren Tarife einführen. Im Ausschuss hat er gesagt, dem Publikum müßte das städtische Institut für große Untersuchungen unentgeltlich zu Gebote stehen. (Hört! hört!) Wir müssen Rücksicht nehmen auf das öffentliche Wohl und auf das Interesse der Stadt, und dieses verlangt einen billigen Tarif und möglichst große Ausdehnung der Untersuchungen. (Beifall.)

Stadt. **Dr. Langerhand**: Wir haben schon so viele Kapazitäten befragt, wen sollen wir denn nun noch befragen? Und wären solche Anfragen nicht beleidigend für alle diejenigen, die uns schon so liebenswürdig Auskunft gegeben haben? Sollen wir denn nicht endlich einmal auch auf unser eigenes Urteil etwas geben? Sollen wir wirklich auf unser mit so großer Liebe begabtes und gepflegtes Projekt verzichten? Wie wird man und verlägen, wenn es dazu kommen sollte! (Vehementer Beifall.)

Ein Schlusssatz wird angenommen.

Zur Geschäftsordnung bemerkt Stadt. **Stinger**, daß heute unmöglich über die Vorlage selbst abgestimmt werden könne, da es sich nur um einen Zwischenbericht des Ausschusses handle.

Stadt. **Hugo Sachs** (A. L.) widerspricht dem, da die Versammlung souverän sei.

Stadt. **Stinger**: Diese Auffassung setzt sich über die Geschäftsordnung hinweg. Nach derselben kann über eine Vorlage erst abgestimmt werden, wenn der Ausschuss Bericht erstattet hat. Von einem Antrag des Ausschusses bezüglich Annahme oder Ablehnung steht in dem Ausschussantrage kein Wort.

Stadt. **Cassel** tritt dem Vordränger entgegen; die Versammlung habe auch nach diesem „Zwischenantrag“ des Ausschusses freie Hand. Vorsteher **Dr. Langerhand** will die Sache an den Ausschuss zurückgehen lassen, um einen möglichst einstimmigen Beschluß zu erzielen. Nach längerer Geschäftsordnungs-Debatte wird der Ausschussantrag abgelehnt und beschlossen, die Vorlage dem Ausschusse zurückzugeben.

Rach Erledigung einiger kleinerer Vorlagen und nach Annahme der Vorlage betr. die Beschaffung neuer Reibmaschinen und Sprengwagen, für welche auch Stadt. **Pfannkuch** eintritt, schließt die öffentliche Sitzung nach 9 1/2 Uhr.

Versammlungen.

Die centralorganisierten Zimmerer Berlins und die der Vororte versammelten sich dieser Tage in den „Arminhallen“, um Stellung zu nehmen zu dem Ergebnis der Verhandlungen der Witzgehnern-Kommission bezüglich des neu abzuschließenden Vertrages über Lohn- und Arbeitsbedingungen. Ruhe berichtete darüber und führte aus: Schon im vorigen Jahre sei seitens der Mitglieder der Ansicht Raum gegeben worden, von einer Lohnforderung absehen zu müssen. Zu diesem Jahre sei ebenfalls von einer Delegiertenkonferenz die Richtschnur gegeben worden. Eine sachliche Generaldiskussion zeitigte eine dementsprechende Resolution, in deren Sinne die Vertreter in den Verhandlungen wirkten. Zum § 1: Lohn, stellten die Arbeitnehmer den Antrag, daß bei Holzanzstricharbeiten mit Cardolineum z. B. ein erhöhter Lohnsatz vorgezogen werden solle. Man wies darauf hin, daß solches als ein gerechter Ausgleich angebracht sei, da die ändernden Verhältnisse, die solchen Zwecken dienen, die Meinung des damit Arbeitenden und somit diesen selbst schädigen. Die Unternehmer lehnten dies ab mit der Motivierung, man komme damit als einer verletzten Lohnforderung, und werde ja auch bei solchen Arbeiten minder geleistet. Ebenso erging es dem Antrag zu § 3, Arbeitszeit, wo es sich um die winterrliche Arbeitszeit handelt, den Satz zu streichen: „Eine Ausdehnung bis abends 6 Uhr ist zulässig für dringende Arbeiten“, desgleichen der, in § 7 das Wort „thunlich“ zu streichen, wo es heißt, „zum Schutze gegen Witterungseinflüsse und Diebstahl, sowie zur Erholung und zum Einnehmen der Mahlzeiten muß auf jedem Bau und thunlich auch auf jedem Holzplatz eine Bandbreite zur Benutzung vorhanden sein.“ Die empfindlichsten Mithstände nach dieser Richtung hin zu beseitigen, werde uns nur die Erhebung gesetzlicher Maßnahmen übrig bleiben. Seitens der Arbeitgeber wurden ebenfalls Änderungsanträge gestellt. So wollte man die Arbeitszeit-Einteilung als Normal-Arbeitszeit bezeichnet wissen. Durch den Hinweis, daß damit nur privilegiert werden könne, daß von der festgesetzten Arbeitszeit jederzeit abgewichen werden könne, wurde dies abgelehnt. Befanden wird auf einen Zusatz im § 5 seitens der Unternehmer, daß für Theater- und Installationsarbeiten der Zuschlag für Ueberstunden nicht gezahlt wird, wobei man sich, wie auch öfter, auf die schon getroffene Entscheidung der Wauer berief. Ein streitiger Punkt blieb noch der Antrag diesseits, daß bei Aussetzen der Arbeit infolge Witterungseinflüsse am Sonnabend die 1/2 Stunde Vergütung in Fortfall komme. Im übrigen erwiderte der Redner, den so abgeänderten Vertrag wieder auf ein Jahr anzuerkennen. — Die Diskussion war eine überaus rege. Die Mehrzahl der Redner erklärte sich für Annahme des Vertrages und wurde sodann folgende Resolution gegen 2 Stimmen angenommen: Die heute am 29. Januar 1902 in den Arminhallen, Kommandantenstraße 20, tagende außerordentliche Generalversammlung der Holzstellen des Centralverbandes der Zimmerer Berlins und der Vororte erklärt sich mit der Verlängerung des bestehenden Vertrages über Lohn- und Arbeitsbedingungen im Zimmerergewerbe unter den von der Witzgehnern-Kommission festgesetzten Bedingungen bis zum 31. März 1903 einverstanden und erteilt dieselben für das laufende Geschäftsjahr als bindend. Bezüglich des noch strittigen Punktes erwartet die Versammlung durch ein weiteres Verhandeln der Witzgehnern-Kommission einen Ausgleich derselben. Nach Erledigung einiger anderer Angelegenheiten schloß die Versammlung mit einem Hoch auf die Zimmererbewegung Deutschlands.

Eine Protestversammlung der Steinseher, zu welcher auch die Unternehmer des Verufs eingeladen, jedoch nicht erschienen waren, tagte am Montagabend im Lokal von Rümmer. Dieselbe beschäftigte sich mit dem Posttarif, soweit durch denselben die Existenz des Steinsehergewerbes als Produktionszweig bedroht ist und insbesondere mit einer vom Verbaude deutscher Pfaster- und Hartstein-Industrieller an den Reichstag gerichteten Petition, in welcher für ausländische — in der Hauptsache schwedische — Pfastersteine ein Schutz Zoll verlangt wird, dessen Annahme das ganze Steinsehergewerbe lahm legen würde. Der Referent A. Anoll kritisierte zunächst das ablehnende Verhalten der hiesigen Unternehmer, welches wohl hauptsächlich auf politische Motive zurückzuführen sei, da die Herren allemal stramme Antihemiten und Konserbative seien. Die Arbeiter seien also auch in diesem Falle auf die eigene Kraft angewiesen. Wenn dieselben die Gefahr beseitigt haben würden, werde man sich schon durch Lohnabzüge und dergleichen zu revanchieren suchen. Die weiteren Ausführungen des Referenten gipfelten in einer Resolution, welche ohne Debatte und einstimmig angenommen wurde, und in der energischer Protest gegen die vom Verbaude deutscher Pfaster- und Hartstein-Industrieller und von der Leipziger Handelskammer erhobenen Zollforderungen auf Pfastersteine erhoben wurde. Die Verwirklichung dieser Forderungen würde den Ruin des deutschen Steinsehergewerbes bedeuten und fast ausschließlich ausländischen Asphalt-Grubenbesitzern zu Gute kommen. — Mit der Mahnung, auf die zur Ausgabe gelangenden Petitionsbogen möglichst zahlreiche Unterschriften zu sammeln, wurde die Versammlung geschlossen.

In der Generalversammlung des Vereins der Mineralwasser-Arbeiter vom 21. Januar wurden in den Vorstand gewählt: als 1. Vorsitzender Simon, als 1. Kassierer Engelhardt, als 1. Schriftführer Schlotmann, als Gewerkschaftsdelegierter Apoll. An Unterstützungen wurden im vergangenen Jahre 160 M. gezahlt, aus Beiträgen und Aufnahmen wurden vereinnahmt 110,50 M. Ein Bestand war vorhanden von 374,88 M. Nach Erledigung einiger Sachen von geringerer Bedeutung und Entgegennahme des Jahresberichts wurde die Versammlung geschlossen.

Rigdorf. Eine öffentliche Versammlung der Konfektionsarbeiter und Arbeiterinnen Rigdorfs tagte am Dienstag, den 28. Januar, bei Gröpler, Bergstr. 147. Frau Emma Jherer-Pantow referierte über das Thema: „Der Wert der gewerkschaftlichen Organisation für die Arbeiter und Arbeiterinnen der Konfektionsindustrie.“ In der auf den Vortrag folgenden sehr lebhaften Diskussion, an der sich Läterow sowie Frau Teege und Hel. Grünberg beteiligten, wurde u. a. hervorgehoben, daß durch die Genehmigung des Ortsstatuts für die Stadt Berlin die Unternehmer ihre Arbeit nach auswärts verlegen, um auf diese Art und Weise den gesetzlichen Kranken-Versicherungszwang der Heimarbeiter und Arbeiterinnen zu umgehen. Die Stadtverordneten der Stadt Rigdorf Dr. Silberstein und Wulff versprachen, dafür zu sorgen, daß man mit den geeigneten Körperschaften sämtlicher Ortsgemeinden der Umgebung Berlins oder dem sogenannten „Groß-Berlin“ in Verbindung treten werde, um es dadurch zu ermöglichen, daß sämtliche Vororte dem Beispiel Berlins folgen und das Ortsstatut genehmigen. Einstimmig Annahme fand eine Resolution, welche verlangt, daß endlich die gesetzliche Gleichstellung der Heimarbeiter mit den Werkstatt- und Fabrikarbeitern sowie auch die Ausdehnung der Kranken- und Invaliditäts-Versicherung auf dieselben erfolgt. Ferner wird das Bureau der Versammlung beauftragt, bei dem Magistrat der Stadt Rigdorf vorstellig zu werden, um von der in der Krankenversicherungs-Novelle vom 30. Juni 1900 im § 2 Abs. 4, § 54 gewordenen Pflicht Gebrauch zu machen und durch Ortsstatut die Versicherungspflicht der Heimarbeiter und Arbeiterinnen auszusprechen, wie dies bereits in Berlin und andern Orten geschehen ist.

Friedrichsfelde. Am Montag, den 20. Januar, fand hier eine öffentliche Volksversammlung statt behufs Stellungnahme zur Gemeindevahl. Die Versammlung war von über 400 Personen besucht, die dem Vortrag des Genossen Vorcharb anhaltenden Beifall zollten. In der Diskussion legte Genosse Püschel die verschiedenen Mithstände in der Gemeinde dar und griff auch verschiedene Herren der jetzigen bürgerlichen Gemeindevertretung an, die amiesend waren, aber nicht das Wort ergriffen. Leider konnte die Tagesordnung nicht erledigt werden, obgleich die Polizeistunde von 11 auf 12 Uhr verlängert war. Der überwachende Beamte löste die Versammlung bald nach 11 Uhr auf. Gegen dieses Verfahren ist Beschwerde eingelegt.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Deputiertenkammer.

Paris, 6. Februar. (B. L. B.) Bei der Beratung des Budgets der Kolonien unterzieht Admiral Rieunier die koloniale Verwaltung einer abiprechenden Kritik. Während seiner Rede wirft eine Frau unter dem wiederholten Ruf: „Ich bin betrogen worden“ von der Tribüne ein Paket mit Eiern in den Saal, ohne jedoch jemand zu treffen. Sie wird alsbald von der Tribüne entfernt. Die Generalberatung wird sodann geschlossen.

Unterhaus.

London, 6. Februar. Channing fragt an, ob eine Gelegenheit geboten worden sei, den Schriftw. Schell mit der holländischen Regierung Steijn und Schall-Burgler zur Kenntnis zu bringen. Balfour erwidert, am 1. Februar seien Abschriften des Retenwerfels an den Ober-Kommissar Wilmer gefandt worden, welcher telegraphische Anweisung erhalten werde, Ritshener zu beauftragen, dieselben den im Felde stehenden Boeren mitzuteilen. (Beifall.) Labouchere fragt, ob die Erwidrerung des Ministers Lansdowne auf die holländische Note so zu verstehen sei, daß, wenn von den Anführern der Boerenstreitkräfte ein Vorschlag zur Beilegung eines Streites gemacht werde, dieser Vorschlag an die englische Regierung zur Erwägung weitergesandt werde, sowie ob Vorschläge zu Unterhandlungen, welche von Steijn und Schall-Burgler ausgehen, ebenfalls übermittelt werden würden. Chamberlain beantwortet beide Frage Laboucheres bejahend.

Bartenstein, 6. Februar. (B. L. B.) In einer Mühle bei Danerun wurden heute früh drei Mithergesellen durch Holzschliffen-dunst erstickt aufgefunden.

Paris, 6. Februar. (B. L. B.) In der vergangenen Nacht starb die Schriftstellerin Rattazzi de Nute, eine Enkelin Lucien Bonapartes.

Paris, 6. Februar. (B. L. B.) Die Schriftstellerin Clementine Royer ist gestorben.

Brüssel, 6. Februar. (B. L. B.) In der heutigen Kammer-sitzung kam es zu Besprechungen des Unglücks des deutschen Lustfischers Hauptmann v. Sigfeld wegen des Verhaltens der belgischen Gendarmen. Der Justizminister erklärte, die dörbezügliche Untersuchung sei eingeleitet und die Schuldigen werden streng bestraft werden. Alsdann beschloß die Kammer mit 68 gegen 31 Stimmen, die gerichtliche Vorführung des Abgeordneten Smeets wegen Beleidigung und Thätlichkeit zu gestatten.

Konstantinopel, 6. Februar. (B. L. B.) Seit gestern ist die Gegend bei Adrianopel durch starke Ueberschwemmungen betroffen. Der Bahverkehr ist unterbrochen.

Sofia, 6. Februar. (B. L. B.) Der ehemalige, gegenwärtig stellvertretende Gymnasiallehrer Karandjulo, ein Pacedomier, stürzte heute in einem Bahnschiffbau auf den Unterrihtsminister Kanishev in dessen Dienstzimmer durch zwei Revolverkugeln und beging dann Selbstmord.

Chicago, 6. Februar. (B. L. B.) In der vergangenen Nacht wurden in der 22. Straße und der Archer-Roene zwei Gebäude durch Gasexplosionen zerstört; 13 Personen kamen um, viele erlitten Verletzungen. Es ist noch nicht festgestellt, ob die Explosionen auf Leuchtgas oder auf Gas aus Abgasanlagen zurückzuführen sind.

Reichstag.

136. Sitzung vom Donnerstag, 6. Februar 1902, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratsliche: Graf v. Posadowsky.

Die zweite Beratung des Etats des Reichsamt des Zucern wird fortgesetzt beim Kapitel Aufsichtsam für Privatversicherung.

Abg. Bloß (Soc.):

Bei der Beratung des Gesetzes über die privaten Versicherungs-Gesellschaften wurde von sozialdemokratischer Seite die Befreiung ausgesprochen, der § 1 könnte auf die Gewerkschaften der Arbeiter angewandt werden, diese somit als Versicherungsgesellschaften erklärt und unter staatliche Aufsicht gestellt werden. Von Seiten des Bundesrats wurde erwidert, daß die Befreiung gänzlich unhaltbar sei, es liege durchaus nicht in der Absicht der Regierung, etwas zu Ungunsten der Gewerkschaften an der Gesetzgebung zu ändern. Die Kommission entschloß sich aber, doch eine schützende Bestimmung aufzunehmen und bestimmte im § 1, daß als Versicherungsunternehmen im Sinne dieses Gesetzes nicht solche Vereine anzusehen seien, die ihren Mitgliedern Unterstützungen gewähren, auf welchen denselben ein Recht nicht zusteht; unter dieser Bedingung stimmten auch wir dem Paragraphen zu, aber es hat sich nun doch gezeigt, daß wir unsre Pappenhäuser richtig erkannt haben. In Braunschweig ist man nämlich trotzdem auf Grund des Gesetzes gegen die Gewerkschaften eingeschritten. Von der herzoglichen Staatsregierung ist ein Reskript ergangen, das den Nachweis versucht, daß die Gewerkschaften doch Versicherungs-gesellschaften seien, insolge dessen ist die Polizei vorgegangen gegen Zahlstellen des Fabrikarbeiter-Bandes, der Schneider-, der Vergarbeiter- und Metallarbeiter-Verbände. Die Häuser einer Zahlstelle des Fabrikarbeiter-Bandes sind konfiszirt und bis heute noch nicht zurückgegeben. Selbstverständlich hat die Angelegenheit auch das Gericht beschäftigt, das betreffende Gericht hat sich aber mit einer eleganten Wendung aus der Affaire gezogen, indem es sich für unzuständig erklärte. Diese Vorgänge können doch dem Aufsichtsam für Privatversicherung nicht unbekannt geblieben sein. Es ist doch ein einzig dastehender Fall, daß ein Bundesstaat ein Reskript erläßt im Gegensatz zu einem Beschluß des Reichstags und des Bundesrats. Diese Art Reskripte vor mir bis jetzt unbekannt. (Heiterkeit.) Ich kann darin nichts anderes sehen, als eine Chimäre des Unternehmers-tums gegen die organisierten Gewerkschaften. Wenn das Aufsichtsam selbst dem gegenüber keine Macht hat, so müßte es sich mit dem Reichskanzler in Verbindung setzen, damit er seinen Einfluß aufwendet, um solche Dinge zu verhindern. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Geheimrat Gruner: Weder dem Herrn Staatssekretär, noch dem Aufsichtsam für Privatversicherung ist dienstlich etwas von diesen Vorgängen bekannt geworden. Es kann sich also nur um Vorkommnisse vor dem 1. Januar dieses Jahres, d. h. vor dem Inkrafttreten des neuen Gesetzes handeln.

Abg. Dr. Müller-Meinungen (fr. Sp.): Lieber die Frage, wie weit auf dem Gebiete des Privatversicherungs-Gesetzes die Billmeri festgestellt sein soll, herrscht völlige Unklarheit. Trotzdem der Reichstag beschloß, die Billmeri zuzulassen, hat kürzlich Herr v. Anebell-Döberitz, einer der Väter des Gesetzes, in einem Kommentar die Ansicht verfochten, daß die Zulassung der Billmeri zweifelhaft sei und in das Verbot der Regierung gestellt sei; da Herr v. Anebell-Döberitz gleichzeitig auch Versicherungsbeitrag ist, so hat sein Kommentar die Bedeutung einer amtlichen Andeutung.

Abg. Dr. Helm (C.) schließt sich den Ausführungen des Vorredners an.

Abg. Dr. Crüger (fr. Sp.): Die Arbeiten des Aufsichtsamtes werden durch Beamte wahrgenommen, die ihre Tätigkeit nur im Nebenamt ausüben. Das ist ein großer Mibstand. Das Aufsichtsam ist gerade in den ersten Monaten seiner Tätigkeit so mit Arbeiten überhäuft gewesen, daß es sie auch nicht im entferntesten bewältigen kann. Das liegt weder in seinem, noch im Interesse der Gesellschaften, die mit ihm zu verkehren haben. Ich bitte den Herrn Staatssekretär dafür zu sorgen, daß die wichtigen Aufgaben dieses Amtes prompt erledigt werden können.

Abg. Wisting (nat.) schließt sich der Rede des Abg. Müller-Meinungen an und bittet um eine beruhigende Erklärung seitens der Regierung.

Abg. Dr. Müller-Sagan (fr. Sp.): Ich hatte erwartet, daß eine solche Erklärung sofort erfolgen würde. Nach der Haltung der Regierung in der Kommission konnten wir nicht erwarten, daß man auf dem Wege der Verwaltung ein Ziel zu erreichen versuchen werde, das der Reichstag abgelehnt hatte. Die Regierung hätte um so mehr Verantwortung gehabt, klare Stellung zu nehmen, als ich schon unter dem 27. Januar in Wallerbaums Versicherungs-Zeitung erklärt habe, die Loyalität der Reichsregierung gegenüber der Volksvertretung verbiete es, auf dem Verwaltungswege eine Einschränkung der Billmeri zu bewirken über die Grenzen hinaus, welche im Gesetz festgelegt worden seien.

Geheimrat Gruner: Es kann nicht Sache der Regierung sein, für oder gegen den erwähnten Kommentar Stellung zu nehmen. Diese Veröffentlichung des betreffenden Beamten ist eine rein private Angelegenheit desselben. (Obwohl links und im Centrum.) Die Regierung selbst hat keinen Anlaß, hier eine bestimmte Stellung in dieser Frage einzunehmen. Die Entscheidung über die Zulassung der Billmeri wird den in Betracht kommenden Instanzen, den Verwaltungsgerichten und dem Aufsichtsam zu zufallen. Ich gehe auf die Materie nicht ein, um auch den Schein zu vermeiden, als solle dieser Entscheidung vorgegriffen werden.

Abg. Dr. Müller-Meinungen (fr. Sp.): Die Antwort des Herrn Regierungskommissars war sehr wenig befriedigend. Gewiß war die Arbeit eine Privatart, aber Herr von Anebell ist der Vater des Gesetzes und sitzt jetzt im Reichrat. Bei Beratung des Gesetzes hat Herr Geheimrat Gruner selbst anerkannt, daß unser Antrag eine gezielte Festlegung der Billmeri bedeute.

Geheimrat Gruner: Die Verlegung des Herrn Dr. Crüger, die er vorhin äußerte, ist nicht begründet. Nur einige Beamte des Aufsichtsamtes versehen ihre Stellung im Nebenamt. Die Arbeiten des Amtes werden darunter nicht leiden. — Eine gewisse Festlegung der Billmeri ist thatsächlich erfolgt, wie weit diese geht, ist aber eine offene Frage, über die zu äußern ich wie gesagt keine Veranlassung habe.

Vizepräsident Wisting: Es ist folgende Resolution des Abg. Wisting u. Genossen eingegangen: Der Reichstag wolle beschließen, den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, das Aufsichtsam für Privatversicherung anzuweisen, den § 11 des Gesetzes über die privaten Versicherungsgesellschaften vom 12. Mai 1901 entsprechend der Aufsicht der reichgebenden Faktoren dahin zur Anwendung zu bringen, daß die Billmerische Methode obligatorisch für zulässig erklärt werde.

Abg. Dr. Helm (C.): In welchen Umständen kommen wir, wenn man sich an gegebene Zusicherungen schon nach ein paar Monaten nicht mehr erinnern will? Der Reichstag hat doch seinen Willen unabweislich dahin kundgegeben, daß er die Billmeri obligatorisch machen will. In dem Vorgehen des Aufsichtsamtes aber liegt der Vorwurf der Unerschlichkeit begründet. Wenn das so ist, dann ist das ein Skandal! —

Vizepräsident Graf v. Posadowsky: Herr Abgeordneter, ich bitte Sie, sich in Ihren Ausdrücken zu mäßigen!

Abg. Dr. Helm: Ich habe diesen Ausdruck nur konditional gebraucht. (Heiterkeit.)

Vizepräsident Graf v. Posadowsky: Auch konditional bitte ich, sich zu mäßigen. (Große Heiterkeit.)

Abg. Wassermaun (nat.) bittet, den Antrag Wisting einstimmig anzunehmen. Der Zweck desselben sei, festzustellen, daß bezüglich der Billmerischen Methode eine Streitfrage überhaupt nicht vorliege.

Geheimrat Gruner: Das Gesetz ist meines Erinnens seiner Zeit in dritter Lesung en bloc ohne Debatte angenommen. Von einer Zustimmung der Regierung in dritter Lesung kann also keine Rede sein. Was die Resolution anlangt, so halte ich es für unmöglich, daß der Reichskanzler das Aufsichtsam anweist, einer bestimmten Methode in seiner Praxis zu folgen. Die Frage, über die eine weitläufige Litteratur existiert, ist noch keineswegs geklärt. Die Resolution enthält einen Eingriff in die Verwaltungspraxis des Aufsichtsamtes.

Abg. Dr. Müller-Meinungen (fr. Sp.): Eine Zustimmung in dritter Lesung hat allerdings nicht stattgefunden. Will Herr Gruner aber leugnen, daß zwischen der zweiten und dritten Lesung in der bekannten parlamentarischen Form Verhandlungen stattgefunden haben, in denen von Seiten der Reichsregierung für den Fall der en bloc-Akzeptanz im Reichstag die Forderung derselben in betreff der Billmeri zugestanden wurde?

Geheimrat Gruner: Ich kann nicht wissen, welche Privatgespräche zwischen der zweiten und dritten Lesung zwischen verschiedenen beteiligten Personen stattgefunden haben. Was mich anlangt, so ist von meiner Seite allerdings geäußert worden (Hört! hört!), daß, wenn das Gesetz en bloc angenommen würde, die verschiedenen Regierungen geneigt seien, sich auch mit der Bestimmung über die Billmeri abzufinden. Man darf aber die Praxis des Aufsichtsamtes nicht irgendwie einschränken.

Damit schließt die Debatte. Ueber den Antrag Wisting wird bei der dritten Beratung abgestimmt werden. Der Titel wird bewilligt, ebenso der Rest des Kapitels.

Damit ist das Ordinarium erledigt.

Unter den einmaligen Ausgaben des ordentlichen Etats werden unter Tit. 4 zur weiteren Ausbesserung des Reichstagsgebäudes und des Präsidialgebäudes mit Bildwerken und Malereien sowie zur Beschaffung von kunstgewerblichen Gegenständen für diese Gebäude 100 000 M. gefordert.

Abg. Dr. Deinhardt (nat.): Von der Verwendung der hier geforderten 100 000 Mark haben wir in den letzten Jahren recht wenig bemerkt. Es liegt mir nichts fern, als der Ausbesserungskommission, die rastlos gearbeitet hat (große Heiterkeit), den leisesten Tadel auszusprechen. Ich würde es aber für sehr unglücklich halten, wenn die Kommission einen künstlerischen Beitrag zu ihren Arbeiten zugiehe würde. Die Aufstellung der Statue Kaiser Wilhelms im Ruppellpark ist ja nur eine provisorische, aber es ist in der alten, mittleren und neuen Geschichte noch nicht vorgekommen, daß eine Statue in einem Umbau sich vorgefunden hat. (Heiterkeit und sehr richtig!)

Zur Ausbesserung der Zimmer sind zum Teil statt vollendeter Bilder nur Skizzen angebracht worden. Ich bin ja auch dafür dankbar, aber Jahre hindurch immer nur Skizzen anzusehen, hat doch etwas Ermüdendes. (Heiterkeit.) Weiter möchte ich bitten, daß den Abgeordneten zur Unterbringung des ihnen zugehenden Material mehr und größere Säranke zur Verfügung gestellt werden. Viele Abgeordnete können sich keine ständige Wohnung in Berlin halten zur Aufbewahrung ihrer Drucksachen. Wir müssen alles thun, um unsre Arbeiten in diesem Hause zu erleichtern und zu fördern.

Vizepräsident Wisting: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Graf v. Posadowsky.

Abg. Graf v. Posadowsky (b. l. S.):

Ich habe die Wünsche des Vorredners vernommen. Wenn ich auch jetzt nur als Abgeordneter spreche, so glaube ich doch zu einer kurzen Verantwortung der am meisten Befähigten zu sein. Der Ausbesserungskommission, die aus Mitgliedern des Bundesrats und des Reichstages besteht, ist schon seit längerer Zeit ein künstlerischer Beitrag beigegeben, der den Sitzungen der Kommission beivohat und aus sehr hervorragenden Künstlern der Haupt- und Residenzstadt Berlin besteht. Dieser Beitrag wird bei jeder Neubestellung mit und waltet seines Amtes recht eingehend. Die im Ruppellpark aufgestellte Wüste des alten Kaiser Wilhelms ist nicht einmal etwas Provisorisches, sondern nur dort aufgestellt, damit in der nächsten Sitzung der Ausbesserungskommission und des künstlerischen Rates die Mitglieder derselben die verschiedenen Lichtwirkungen des einfallenden Lichtes für die später dort aufzustellende Statue beobachten können. Es mag sein, daß es nicht künstlerisch angemessen ist, eine Statue in der Mitte des Ruppellparks aufzustellen, aber hier ist ein historisches Moment dafür gegeben. Kaiser Wilhelm I. der Gründer des neuen Deutschen Reiches, sollte auf dem Schlußstein stehen, der zum Reichstags-Gebäude gelangt ist. Dieser Gedanke war maßgebend für die Stelle. Es kann sich in einem gegebenen Raum nur um den absolut besten, sondern um den möglichst besten Platz handeln. Diesen zu finden, ist das Wohlbel dort aufgestellt worden. Was die Säranke anbelangt, so ist den Wünschen des Vorredners unter meiner Verwaltung bereits wenigstens teilweise genügt, es sind eine Anzahl von Säranlen für die Abgeordneten angebracht. Ich werde prüfen, an welchen Stellen weitere Säranke zur Bequemlichkeit der Abgeordneten aufgestellt werden können. Ich und die Herren, die mir zur Seite stehen bei der Verwaltung des Reichstags, sind eifrig bestrebt, alles zur Bequemlichkeit der Abgeordneten zu thun. (Lebhafte Beifall.)

Der Titel wird bewilligt.

Zur Errichtung eines Präsidialgebäudes für den Reichstag werden als letzte (b.) Rate 3 800 000 M. gefordert.

Abg. Dr. Baasche (nat.) bedauert, daß der Bau mit seiner einfachen Fassade sich so außerordentlich verzögere. Wenn ein privates Baunestier ein solches Gebäude zu errichten hätte, hätte schon längst angefragt: hier sind Wohnungen zu vermieten. (Heiterkeit.) Der Finsverlust infolge des langwierigen Bauens betrage allein schon einige hunderttausend Mark. Redner wünscht, daß das Gebäude wenigstens noch im Laufe dieser Legislaturperiode fertiggestellt werde und stellt eine Resolution für die dritte Lesung in Aussicht, die die Regierung ersucht, das Gebäude bis zum 1. Dezember d. J. fertig zu stellen. (Bravo!)

Geheimer Rat v. Posadowsky: Die Verzögerung ist durch die auf Wunsch des Präsidenten vorgenommenen Änderungen der Projekte bedingt worden. Der Wunsch, das Gebäude bis zum 1. Dezember dieses Jahres fertig zu stellen, wird sich allerdings kaum erfüllen lassen. (Wichtiges Gähnen.)

Abg. Dr. Baasche (nat.): Ich halte meine Technik doch für leistungsfähiger; wenn nur der nötige Druck ausgeübt würde, wäre es sehr wohl möglich, das Gebäude bis dahin bezugsbar zu machen. Staatssekretär Graf v. Posadowsky: Um den inneren Ausbau fertig zu stellen, müssen wir erst die Zeichnungen haben, und diese Zeichnungen sind von Herrn Baasche Wallot bisher noch nicht geliefert. (Hört, hört!)

Abg. Singer (Soc.): Der Vorwurf der Verzögerung des Baues ist doch an eine falsche Adresse gerichtet. Nicht der leitende Architekt Herr Wallot allein hat die Schuld. Wir ist bekannt, daß es vor allem dem Eingriffen der preussischen Bauverwaltung zuzuschreiben ist, wenn der Bau noch immer nicht vollendet ist.

Staatssekretär Graf v. Posadowsky: Da wir eine Reichs-Bauverwaltung nicht haben, mußte allerdings die preussische Bauverwaltung gebildet werden. Die überhaupt die Bauten des Reiches revidiert. Wie durch jede Revision, so ist auch hierdurch natürlich eine gewisse Verzögerung eingetreten. Was an mir liegt werde

ich jedenfalls dafür sorgen, daß mögliche Beschleunigung des Baues eintritt.

Abg. Singer (Soc.): Den Herrn Staatssekretär persönlich machen wir gewiß nicht für die Verzögerung verantwortlich. Aber ich meine doch, es ist eine Stellung, die des Deutschen Reiches nicht würdig ist, wenn es sich seine Bauten von der Akademie eines Einzelstaates prüfen lassen muß. Jedenfalls darf doch eine solche Revision nicht so weit gehen, daß sie in Beschlüsse des Reichstags eingreift, und Untersuchungen, die er als notwendig erachtet hat, durch ihren Einpruch befechtigen will. Da hätte der Herr Staatssekretär mehr als Vertreter des Reiches und des Reichstages Stellung nehmen sollen. Wir wissen ja gar nicht, wer hinter der preussischen Bau-Akademie steckt. (Sehr richtig! links.) Nach den Vorgängen, die wir in der Gemeinde Berlin wiederholt erfahren haben, liegt der Gedanke nahe, daß auch hier sich Verschwärten eingemischt haben, die hier gar keine Entscheidung zu treffen haben. Es muß principieU entschieden werden, ob Zustände, wie sie in Berlin bestehen, daß kein Stein auf den andren gesetzt werden soll, von dem eine gewisse Stelle nichts weiß, nun auch für die Bauten des Reiches Geltung haben sollen. (Sehr richtig! links.)

Staatssekretär Graf v. Posadowsky: Die Oberrechnungskammer verlangt, daß alle Projekte für Bauten des Reiches revidiert und superrevidiert werden. Der Reichstag hat sich bisher noch nicht eine solche Instanz geschaffen und daher hat seit Bestehen des Reiches für alle bisher geführten Bauten die preussische Bauakademie die Revisionsbehörde gebildet. Ich kann nur versichern, daß das Ministerium der öffentlichen Arbeiten in Preußen selbst den dringenden Wunsch hat, diese Reichslast los zu werden. Es ist aber noch kein Weg gefunden worden. Die Revision erfolgt aber lediglich nach technischen Grundfragen, nach keinen andern.

Der Titel wird bewilligt.

Zur Unterstützung für die Herausgabe von Veröffentlichungen auf dem Gebiete des Erziehungs- und Schulwesens werden 30 000 M. gefordert. Die Abgeordneten Eichhoff (fr. Sp.) und Genossen beantragen, den Titel in folgender Fassung zu bewilligen:

Unterstützung an die Deutsche Gesellschaft für Erziehungs- und Schulgeschichte... 30 000 M.

Abg. Eichhoff (fr. Sp.): Wir wünschen, daß schon im Dispositiv dieses Titels, der für die Regierung das allein Maßgebende ist, ausgesprochen wird, daß die 30 000 M. lediglich der verdienstvollen Gesellschaft für Erziehung und Schulgeschichte zu gute kommen sollen. Ich hoffe, daß die Reichsregierung der deutschen Gesellschaft für Erziehungs- und Schulgeschichte auch in Zukunft das Wohlwollen bewahrt, das sie ihr bisher bewiesen hat.

Staatssekretär Graf v. Posadowsky: Gegen den Antrag Eichhoff liegen keine Bedenken vor. Die Anregung des Abg. Eichhoff deckt sich mit meinen eignen Gedanken.

Der Antrag Eichhoff wird angenommen, ebenso debattelos eine Anzahl weiterer Titel, darunter 150 000 M. als zweite Rate des Beitrags des Reichsamts zu den Kosten des Ausbaues der Hofkammerburg.

Beim Titel: Zur Förderung der Erforschung und Bekämpfung der Tuberkulose: 150 000 M., bemerkt

Abg. Singer: Von diesen 150 000 M. sollen nach den Erläuterungen zum Etat 65 000 M. verwandt werden zur Unterstützung über die Frage der Identität der menschlichen und tierischen Tuberkulose, die übrigen 85 000 M. sollen dazu dienen, die gemeinnützigen Bestrebungen, die sich die Errichtung von Lungenheilstätten zum Ziele gesetzt haben, durch finanzielle Beihilfe des Reiches zu fördern. Ich halte die Verwendung der ersten Summe für angemessen, freilich werden dafür alljährlich Ausgaben erforderlich sein, da ja die Bakteriologie eine stetig fortschreitende Wissenschaft ist. Ich möchte aber um Auskunft bitten, wie sich der Herr Staatssekretär eigentlich die Förderung von Lungenheilstätten durch die 85 000 M. denkt. Das Schlimmste auf diesem Gebiete ist, Schritte zu thun, die den Schein erwecken, als wenn etwas Ernstes geschähe, während doch thatsächlich nicht das Geringste geleistet wird. Wenn wir die Heilstätten durch Reichsgelbe fördern sollen — und für diesen ungemein hohen Zweck werden meine Freunde stets zu haben sein —, so dürfen wir nicht so zaghaft sein und nur 85 000 M. bewilligen. Damit erreichen wir gar nichts. Eine wirkliche Bekämpfung der Tuberkulose erfordert weit höhere Kosten. Wenn Sie Ihre Politik, hören Sie auf, die Lebensmittel zu verteuern, sorgen Sie für eine soziale Arbeiterkassen-Gesetzgebung und eine vernünftige Gewerbehygiene, dann werden Sie diese Volksleuse wirksam bekämpfen. Ich stelle keinen Antrag, möchte aber das Reichsamts des Innern ersuchen, erst die nötigen Vorarbeiten zu machen und dann im nächsten Etat eine Summe einzustellen, die einigermaßen dem Bedürfnis entspricht. (Beifall.)

Staatssekretär Graf v. Posadowsky: Die Bekämpfung der Tuberkulose muß nach drei Richtungen gehen. Erstens müssen Heilanstalten geschaffen werden für noch heilbare Kranke, zweitens für unheilbare Kranke, die in der Familie keine genügende Verpflegung finden, und drittens brauchen wir Anstalten für vorläufig geheilte Lungenkranke, in denen sie zu gesünderen Berufen vorgebildet werden, die einen Mibfall in das alte Leben nicht erwarten lassen. Das Centralkomitee hat mit seinen beschränkten Mitteln sich bisher nur dem ersten Zweck widmen können. Ich würde es mit Freuden begrüßen, wenn im nächsten Etat eine größere Summe für diesen Zweck in den Etat eingesetzt werden könnte, für diesmal war es infolge der schlechten Finanzlage nicht möglich.

Abg. Dr. Endemann (nat.) hofft auch, daß der Etatstitel im nächsten Jahre erheblich höher ausfallen werde.

Abg. Dr. Müller-Sagan (fr. Sp.): Ich kann mich diesem Wunsch nur anschließen. In der That ist es eine gar zu geringe Summe, die hier zur Bekämpfung dieser Volkskrankheit durch das Reich gefordert wird. Wenn man bedenkt, daß auf der andern Seite die Lebenshaltung des Volkes um Millionen und Abermillionen durch den Zolltarif verteuert werden soll, so spricht ein solcher Vergleich nicht gerade zu Gunsten der Reichsregierung. (Sehr richtig! links.)

Abg. v. Karborff (Sp.): Ich bedauere es sehr, daß der Herr Vorredner diese Frage, die doch wirklich auf neutralem Gebiete liegt, dazu benutzt hat, um den Zolltarif in der gefälligsten Weise in die Debatte zu ziehen. (Lurche links. Glucke des Präsidenten.)

Vizepräsident Wisting: Sie dürfen nicht sagen, daß ein Abgeordneter in der gefälligsten Weise eine Frage in die Debatte zieht, ich muß diesen Ausdruck als nicht zulässig rügen.

Abg. v. Karborff (fortfahrend): Ich weiß ja, daß Sie (nach links) einen Kampf gegen die Erhaltung unsres Ruhestandes führen (Große Lurche links), daß dieser Kampf so rücksichtslos, so bitter, so brutal geführt wird, wie die Engländer kaum ihren Kampf gegen die Boeren führen. (Lärmliche Heiterkeit links.) Die große Waffe der landwirtschaftlichen Bevölkerung muß aber erfahren, daß hier noch Leute sitzen, die solche Angriffe zurückweisen! (Abg. Singer: Ehrenbauer! Heiterkeit.)

Abg. Dr. Müller-Sagan (fr. Sp.): Wir sind allerdings der Meinung und halten es für unsre Pflicht, das hier auszusprechen, daß in dem Maße wie dem Volk die notwendigen Lebensmittel verteuert werden, der Boden gelockert wird, auf dem die Tuberkulose gedeiht. (Sehr wahr! links.) Es darf nicht der Anschein erweckt werden, als ob eine Partei und eine Regierung ernstlich daran denkt, die Tuberkulose zu bekämpfen, während sie in Wirklichkeit fort und fort bestrebt ist, die notwendigen

Lebensmittel dem Volke zu verteuern. Wenn wir das klarstellen, erfüllen wir damit eine patriotische Pflicht. (Stapel links.)

Abg. v. Harbord (Rp.): Bei den städtischen Arbeitern mögen Sie ja mit Ihrer Behauptung Anknüpfung finden, daß der Posttarif die Lebenshaltung verteuere. Den Beweis dafür werden Sie ewig schuldig bleiben. (Lachen links.) Wir haben oft genug darauf hingewiesen, daß erhöhte Getreidepreise nicht erhöhte Brotpreise zur Folge haben.

Abg. Lebermann v. Sonnenberg (Antif.): Der Versuch, draußen im Lande den Ansehen zu erwidern, als ob durch den Posttarif das Volk schwer geschädigt werde, muß zurückgewiesen werden. Das Brot ist nicht teurer geworden, als Kaiser Bismarck zum Schutz vor Übergang und nicht billiger als Graf Caprivi zu einer Art Reichshandel zurückkehrte. Wenn Sie (nach links) uns wirklich helfen wollen, den Brotwucher zu beseitigen, dann helfen Sie uns, den Brotwucher der Börse zu beseitigen. (Lachen links: Hul hu!)

Direktor im Reichs-Schachamt Tweste: Die Finanzverwaltung wird entsprechend der zur Verfügung stehenden Mittel stets gern bereit sein, für die Bekämpfung der Tuberkulose Ausgaben zu bewilligen.

Der Titel wird bewilligt. Beim Titel „Erwerb eines Versuchsfeldes und Bau eines Dienst- und Laboratoriumsgebäudes für die biologische Abteilung für Land- und Forstwirtschaft am Gesundheitsamt. Erste Rate 150 000 M.“, fragt

Abg. Rettich (L.) an, ob die biologische Abteilung des Reichs-Gesundheitsamtes zu einer selbständigen Behörde gemacht werden solle.

Staatssekretär Graf Posadowsky: Diese Absicht liegt allerdings vor. Vorläufig besteht hier ein Uebergangsstadium; wir wollen die Abteilung erst in den Sattel heben. Wir haben das Bestreben, die biologische Abteilung so bald wie möglich vom Gesundheitsamt unabhängig zu machen. Das wird aber erst geschehen können, wenn die geeigneten Bauplätze vorhanden sind.

Abg. Dr. Müller (S.) bittet, daß die biologische Abteilung nach ihrer Selbständigmachung sich auch die Bekämpfung der Tierkrankheiten in umfassender Weise angelegen sein lasse.

Der Titel wird bewilligt, ebenso debattelos eine Reihe weiterer Titel.

Beim Titel „Zur Förderung der Herstellung geeigneter Arbeiterwohnungen für Arbeiter und gering besoldete Beamte in den Betrieben und Verwaltungen des Reichs durch Gewährung von Darlehen an Private und an gemeinnützige Unternehmungen (Bauvereine, Baugenossenschaften, Baugesellschaften u. a.), sowie zum Erwerb geeigneten Baugrundes zur Herstellung solcher Wohnungen, 4 Millionen Mark“ ergriff das Wort

Abg. Schrader (fr. Sp.): Diese Position entspricht einer Resolution des Reichstags. Gegen die Verwendung der Summe auch zum Ankauf von Bauplätzen ist nichts einzuwenden, auch dagegen nicht, daß Darlehen an Private und vor allem an gemeinnützige Baugenossenschaften gewährt werden sollen. Aber es wird ein großes Maß von Vorsicht in der Auswahl dieser Personen und Vereine notwendig werden; vor allem dürfen die Vereine nicht von der Weitergewährung von Reichsdarlehen finanziell abhängig gemacht werden. Denn das würde ein hohes Maß von Abhängigkeit für die Arbeiter, die diese Vereine bilden, bedingen. Redner legt gewisse praktische Schwierigkeiten des Erbbaurechts dar.

Abg. Tschak (C.): Ich kann mich den Ausführungen des Vorredners für meine Person völlig anschließen und, wie ich glaube, auch namens meiner politischen Freunde. Die Wohnungsnot ist zu einem nicht unwesentlichen Teile grade durch die Verwaltungen des Reichs hervorgerufen infolge der Konzentrierung der Reichsbetriebe in gewissen großen Centren. Es ist eine Pflicht des Reichs und der Einzelstaaten, bedeutende Geldmittel zum Bau von Arbeiterwohnungen und damit zur Befreiung der Wohnungsnot aufzuwenden. Hier in Berlin muß man oft 30 Proz. des Einkommens und darüber für die Wohnmiete ausgeben, während nach den Grundsätzen der grauen Theorie höchstens ein Fünftel des Einkommens für die Wohnmiete verwendet werden darf.

Staatssekretär Graf Posadowsky: Der Herr Reichslandrat ist noch heute der Ansicht, daß die Regelung der Wohnungsfrage Sache der Einzelstaaten ist. Der Zweck dieses Titels ist, dauernd billige Wohnungen zunächst für die minderbemittelten Beamten zu schaffen. Wie groß diese Aufgabe ist, geht daraus hervor, daß wir allein 61 000 gering besoldete Reichs-Postbeamten haben. Wenn wir Baugenossenschaften unterstützen, so ist es die Hauptsache, daß wir ihnen die letzte Hypothek geben, die immer am schwersten zu beschaffen ist. Wir dürfen aber nicht Genossenschaften unterstützen, bei denen schließlich die einzelnen Genossenschafter in den Besitz der Häuser kommen. Welche ungeheure Gewinne hätten diese Einzelnen z. B. gemacht, wenn es sich um solche Genossenschaftshäuser in der Leipzigerstraße handelte. Wir dürfen den Grund und Boden nur in Erbpacht vergeben, hätten wir dies z. B. mit Grundstücken in der Leipzigerstraße feiner Zeit getan, so wären die Millionen dem Reich wieder zugeflossen und es hätte damit eine Anzahl neuer Wohnungen bauen können.

Abg. Dr. Erüger (fr. Sp.): Ich will auf die Verhältnisse der Leipzigerstraße nicht weiter eingehen; ich kann mir aber keine rechte Vorstellung davon machen, wie die Verhältnisse sich entwickelt hätten, wenn die Hauptstraßen einer Stadt in Erbbaurecht gegeben werden. Die Vorlage hat für die Gewährung von Darlehen durchaus die richtige Grenze gezogen. Ich wünsche, daß uns vielleicht beim nächsten Etat eine allgemeine deutsche Wohnungsstatistik vorgelegt wird, die sowohl die städtischen wie die ländlichen Wohnungsverhältnisse berücksichtigt. Es besteht wohl kein Zweifel, daß auf die jetzigen 4 Millionen, die nur einen Tropfen auf den heißen Stein bilden, weitere Millionen folgen werden. Das Reich wird den Arbeitern nur helfen können durch das Mittelglied der Genossenschaften. Dabei wird alles vermieden werden müssen, was die finanzielle Selbständigkeit der Genossenschaften einschränken könnte. Die Genossenschaften dürfen sich nicht darauf verlassen, daß sie ihre gesamten Mittel vom Reich erhalten, müssen vielmehr dazu erzogen werden, wenigstens einen Teil ihrer Aufwendungen selbst aufzubringen.

Abg. Franke (natl.): Wir begrüßen es mit Freuden, daß das Reich endlich auf diesem Gebiete vorgegangen ist; den kleinen Beamten ist allerdings damit am meisten geholfen, wenn sie eine kleine Wohnung ihr eigen nennen können.

Abg. Raab (Antif.): Ich muß mich gegen die Ablehnung des Erbbaurechts durch Herrn Schrader wenden. Dies Recht kann ohne jede zeitliche Beschränkung gegeben werden. Die Befreiung, daß zum Schluß des Erbbaurechts der Pächter das Haus verfallen läßt, ist nicht begründet. Diese Gefahr kann leicht abgewendet werden, wenn in dem Vertrag bestimmt wird, daß zum Schluß der Wert des noch vorhandenen Gebäudes zurückzuerstattet wird. Die Hauptsache ist, daß die Privatpekulation vom Boden ferngehalten wird. Nur die Gesamtheit darf den Vorteil von der Steigerung des Grund und Bodens haben.

Nachdem noch die Abgg. v. Harbord (Rp.) und Dr. v. Levetzow (L.) das Vorgehen der Regierung als sozialen Fortschritt begrüßt haben, wird der Titel bewilligt.

Damit ist das Extraordinarium erledigt.

Die Einnahmen werden debattelos erledigt.

Damit ist der Etat des Reichsamts des Innern erledigt.

Hierauf verlag sich das Haus.

Nächste Sitzung: Freitag 1 Uhr. (Marine-Etat und Etat für Kautschou.)

Schluß 6 Uhr.

Partei-Nachrichten.

Genosse Bredebeck hat an den preussischen Minister des Innern eine Zuschrift gerichtet, worin er ihn über seine Gefährnisse als Gefangener informiert. Herr v. Hammerstein hat bekanntlich im preussischen Abgeordnetenhaus behauptet, Bredebeck sei nur als

Strafgefangener, nicht als Untersuchungsgefangener gefesselt worden, und überdies sei er „nur“ Bergmann und Sigredacteur. Bredebeck teilt nun dem Herrn v. Hammerstein mit, daß diese Angaben unrichtig sind und ersucht ihn, seine unrichtigen Behauptungen im Abgeordnetenhaus bei passender Gelegenheit richtigzustellen.

Herr v. Hammerstein wird als wahrheitsliebender Mann sicher nicht verfahren, dem Wunsch Bredebecks nachzukommen. Im übrigen bemerken wir wiederholt, daß selbst wenn des Ministers Behauptungen in diesen beiden Punkten auch richtig wären, das Verfahren gegen Bredebeck damit nicht im mindesten gerechtfertigt wäre. Ein anständiger Mann, der wegen nichts weiter wie einer einfachen Preßbeleidigung verurteilt wird, hat auch als Strafgefangener Anspruch auf anständige Behandlung, sei er nun Bergmann, Redacteur oder „Sigredacteur“ eines socialdemokratischen Blattes oder des preussischen Zirkulars.

Anherordentlicher Parteitag in Schweden.

Laut Beschluß der Parteikonferenz in Malmö sollte in diesem Jahre eine Parteikonferenz abgehalten werden, auf der über die Teilnahme der Partei an den allgemeinen Reichstagswahlen mit Berücksichtigung der Wahlrechtsfrage verhandelt werden sollte. Da aber die gegenwärtige Situation hinsichtlich der Wahlrechtsfrage vielleicht außerordentliche Maßregeln notwendig macht, hat der Parteivorstand beschlossen, statt der Konferenz einen außerordentlichen Parteitag einzuberufen, der zusammenzutreten soll, wenn der Regierungsentwurf zur Wahlrechts-Reform vorliegt. Der Parteitag wird in Stockholm stattfinden. Die Tagesordnung lautet: 1. Stand der Wahlrechtsfrage. Der Regierungsentwurf. Resultat der Generalstreik-Agitation. Soll jetzt zum Generalstreik zwecks Eröberung des allgemeinen Wahlrechts gegriffen werden? 2. Die Politik der Partei bei den allgemeinen Wahlen zum Reichstage im Jahre 1902.

Ein sibirischer Socialdemokraten-Verband hat sich vor kurzem gebildet. Der Verband verfolgt das Ziel, die in ganz Sibirien zerstreuten socialistischen Kräfte in organisatorische Verbindung mit einander zu bringen und will dafür sorgen, daß ausreichende socialistische Litteratur nach den sibirischen Orten gesandt wird. Der Verband geht von der Ansicht aus, daß die neugeschaffene Eisenbahn ihm die Verbindung mit Rußland und Europa erleichtern werde. Die an der Eisenbahn und anderen industriellen Etablissements beschäftigten Arbeiter haben schon manchmal im proletarischen Kampf gestanden, nur fehlt ihnen eine einheitliche Organisation. Die Genossen wollen sich bemühen, jetzt eine solche zu schaffen.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

— **Hasse auf der Leiter.** In einem Artikel mit dieser Ueberschrift teilte die Leipziger Volkszeitung mit, daß sich der nationalliberale Reichstags-Abgeordnete Professor Dr. Hoffe ernstlich um die durch den Tod des Herrn v. Scheel freigewordene Stelle des Leiters des kaiserlichen statistischen Amtes bewerbe. In diesem Artikel soll Hoffe schwer beleidigt worden sein. Auf dessen Antrag erhob die Staatsanwaltschaft im öffentlichen Interesse Beleidigungsklage gegen den verantwortlichen Redacteur Genossen Otto Pollender.

In der Verhandlung erklärte der Staatsanwalt unter andern, es sei eine hohe Strafe am Platze, damit dem Angeklagten Gelegenheit gegeben werde, nicht in Leipzig, sondern in der Strafanstalt Juidau darüber nachzudenken, daß er verdienstvolle Männer, wie Hoffe, nicht so schwer beleidigen dürfe. Für solche Leser, denen diese Bedingungen des Staatsanwalts nicht ganz verständlich sind, sei bemerkt, daß Strafen bis zu 3 Monaten im Gerichtsfängnis in Leipzig verbüßt werden, höhere Strafen in der Landes-Strafanstalt. In der Strafanstalt Juidau ist es dann dem Preßlender sehr schwer, Selbstbeschäftigung zu bekommen, aber fast unmöglich, eigene Kost und eigne Kleidung zu erhalten.

Das Gericht erkannte auf 2 Monate Gefängnis. Der menschenfreundliche Wunsch des Staatsanwalts ist also nicht vollständig in Erfüllung gegangen.

Infolge dieser Verurteilung dürfte Pollender auf Grund der im Kampfe gegen die Socialdemokratie sibi gewordenen Auslegung der Städte-Ordnung auch sein Mandat als Stadtverordneter verlieren.

— **Wegen Beleidigung durch die Presse** wurden die Redactoren der „Vergilischen Arbeiterstimme“ in Solingen, Franken zu 200 M. und Nag zu 150 M. Geldstrafe verurteilt.

Aus Industrie und Handel.

Der Jahresbericht der Kettefen der Kaufmannschaft von Berlin.

Dem Verein Berliner Kaufleute und Industrieller sind nun die Kettefen der Berliner Kaufmannschaft mit ihrem Bericht für das Jahr 1901 gefolgt. Der erste Teil, der vorläufig zur Veröffentlichung gelangt, giebt einen Gesamtüberblick über die Lage der Industrie und des Handels, ihm soll sich später eine detailliertere Schilderung der einzelnen Berufsgruppen anschließen. Im Laufe des vergangenen Jahres glaubte man, daß die Korporation, die auf das ehrwürdige Alter von 82 Jahren zurückblickt, in der neu zu gründenden Handelskammer aufgehen würde. Das ist nicht geschehen, in letzter Stunde hat sich die Korporation eines andern besonnen, und will sie unter Aufrechterhaltung ihrer bedeutsamen Schöpfungen — ihr gehört der große Börsepalast, dessen Einrichtungen sie unterhält und beaufsichtigt — neben der Handelskammer ihre Selbständigkeit wahren. Der Konflikt, der diese Sonderstellung herbeiführte, ist in dem Bericht ausführlich geschildert. Belustigend scheiterte die Verhandlung an dem Widerstreit der großen Kaufinteressenten, die ihre Vertretung an der Handelskammer nicht einem gleichen Wahlrecht überantworten wollten, und ferner durch die Beanstandung des Statuts seitens des Handelsministers, der an Stelle einer 2/3 Majorität die einfache Majorität bei der Entscheidung über Statutenänderungen eingefügt haben wollte. Eine Berechtigung der Ansprüche der Kettefen der Kaufleute ist uns weder aus der seiner Zeit gepflogenen Preßpolemik noch aus dem sonst in der Sache objektiven Bericht der Korporation selbst nachgewiesen.

Der Bericht giebt, wie nicht anders zu erwarten, kein glänzendes Bild unserer Geschäftslage. Aus allen Industriezweigen sind Klagen über niedere Preise und geringe Aufträge anzutreffen. Größere Arbeiterentlassungen werden hauptsächlich von der Berliner Metallindustrie gemeldet, die im Winter 1901/02 etwa 25 Prozent der im Jahre 1900 beschäftigten Arbeiter entlassen hatte. Der Bericht kann auch in diesem Industriezweig vorherrschenden Schicksalsweisen kein günstiges Urteil ausstellen.

Durch die vorjährigen, von den Kohstoff-Syndikaten den Walzwerken gewissermaßen aufgedrungenen langfristigen Abschlüsse in Rohmaterial zu höchsten Preisen und durch das starre Festhalten an diesen Verträgen, sind den reinen Walzwerken und in der Folge auch dem Handel schwere Verluste zugefügt worden. Die Abnahmefähigkeit der Walzwerke an Rohmaterial hat infolge des stark vernünftigen Bedarfs an Walzwerkfabrikaten mehr und mehr verfallen, und es ist vielfach zu Zwangsverkäufen gezwungen worden, welcher Umstand ganz besonders zu der herrschenden Unsicherheit der Marktlage beigetragen hat. Auch die wenigen nicht mit neuem Rohmaterial überzogenen Walzwerke können nicht lohnend arbeiten, da die Kohstoff-Syndikate bisher nicht daran gedacht haben, ihre Preise denjenigen für Fertigfabrikate anzupassen.

Die Aussichten, mit denen wir in das neue Jahr eintreten, sind infolge dessen sehr trübe, und weitere große Verluste dürften allen im Eisenwerke Strehenden nicht erspart bleiben, gelingt es nicht bald, das so sehr geschwundene Vertrauen wieder zu heben. Hierzu dürften in erster Linie die Kohstoff-Syndikate durch ein verständiges Handeln in Hand gehen mit den Verfeinerungsbetrieben beitragen können.

Aus der Nahrungsmittel-Industrie ist eine Verschiebung der regeren Geschäftstätigkeit zu Gunsten der Surrogate bemerkbar. Der Bericht bemerkt hier, daß weite Kreise der Bevölkerung, die sonst Butter konsumierten, bei ihrem verringerten Arbeitseinkommen den Verbrauch von Butter vermieden und sich billigeren Fetten zuwandten. Aber nicht die Produktion von Schmalz zog davon Vorteile, denn hier stellten sich im Laufe des Jahres die Preise zu hoch, sondern Kunstspeisefett und Margarine zogen eine erhöhte Nachfrage der ärmeren Bevölkerung an. Auch ein Beweis, zu welchen unfruchtigen Folgen die agrarischen Forderungen ausarten, wenn eine weitere Erhöhung der Preise für Butter und Schmalz durch die Zollpolitik eintritt.

Erreulicher lautet eine Stelle im Bericht, in der es heißt, daß man sich seit Jahrzehnten nicht erinnern, aus allen Teilen des Reiches von seiten der Apotheker so lebhaft Klagen über schlechtem Geschäftsgang gehört zu haben, wie im Jahre 1901. Der Bericht führt dies darauf zurück, daß der Gesundheitszustand der Bevölkerung ein annehmend guter war und gegen die Behandlung durch Medicamente eine immer größere Abneigung eintritt.

Bei der Besprechung der Rechtsverhältnisse begegnen wir eine entschiedene Abneigung gegen die Einigungsämter der Gewerbeämter in besondern gegen die Bestimmung, welche den Zwang zur Erscheinung im Termin enthält. Der Bericht spricht den Wunsch aus, daß der Vorsitzende des Gewerbegerichts einen nur mäßigen Gebrauch von dieser gesetzlichen Befugnis machen möge. Das heißt wohl, man möge eine mäßige Beschränkung anordnen, wie es jetzt schon bei Verfehlungen gegen die Gewerbe-Ordnung, soweit die Unternehmer dabei in Betracht kommen, bei den ordentlichen Gerichten üblich ist. Wir verstehen die Scheu der Unternehmer, öffentlichen über ihr Verhalten Vernehmungen zu veranstalten, die Abwehr, deutet auf ein sehr schlechtes Gewissen.

Sympathischer berührt die Stellung der Korporation zum Fortbildungsschulunterricht, sie verlangt die obligatorische Tageschule für alle kaufmännischen Lehrlinge von 14 bis 16 Jahren, so weit sie nicht eine höhere Schulbildung nachweisen können.

Auf die an die Gemeindeverwaltung gerichtete Eingabe um Erlass eines Ortsstatuts zur Regelung dieser Angelegenheit ist bis heute keine Antwort ergangen.

Die Gesamtausgaben für die Schulen beliefen sich im Jahre 1901 auf rund 75 000 M., von denen 45 000 M. durch Schulgelder, 20 000 M. durch den vertragmäßigen Beitrag des Vereins Berliner Kaufleute und Industrieller aufgebracht wurden. Das Defizit trägt die Korporation.

Eine durchaus konsequente Haltung nimmt der Bericht zur Zollfrage ein, über die er folgenden Urteil fällt:

„Wir können nur dringend wünschen, daß die Vorlage die Gesetzgebung nicht erhält. Ihre Grundtendenz: die landwirtschaftlichen Schutzzölle aller Art zu steigern beziehungsweise neu einzuführen und auch für die Industrie den Schutz bedeutend zu vermehren, müssen wir als eine schwere Gefährdung unseres gesamten wirtschaftlichen Lebens erachten, als Gefährdung der nationalen Arbeit, deren Sicherung auch und das vornehmste Ziel aller Handelspolitik ist, freilich in einem weiteren Sinne als unsern Gegnern, die mit diesem Schlagwort Sonderinteressen zu fördern suchen. Die Vertretung der notwendigen Nahrungs- und Genussmittel sowie der meisten andern Lebensbedürfnisse ist zu verwerfen aus Gründen des sozialen Friedens der verschiedenen Bevölkerungsklassen untereinander, wie aus Gründen der internationalen Handelspolitik.“

Jahresberichte deutscher Konsumvereine.

Der Konsumverein Niederelbisch verzeichnet in seinem 9. Geschäftsjahr einen Umsatz von 463 546 M. Reingewinn 64 752 M. Rückvergütung 10 Proz. — Der Konsumverein in Langenmünde berichtet über einen Umsatz von 258 562 M. Reingewinn 22 571 M. Rückvergütung 9 Proz. — Der Konsumverein in Hof erzielte 358 941 M. Umsatz. Reingewinn 41 124 M. Rückvergütung 11 Proz. — Der Konsumverein in Antonienhütte giebt seinen Umsatz aus 12 Verkaufsstellen auf 2 081 548 M. an. Reingewinn 35 811 M. — Der Konsumverein in Oelbunz hat einen Umsatz von 434 412 M. Reingewinn 74 063 M. Rückvergütung 17 Proz. — Der Reyschauer Konsumverein verzeichnet einen Umsatz von 213 463 M. Reingewinn 29 585 M. Rückvergütung 14 Proz. — Der Konsumverein in Hannover berechnet einen Umsatz von 397 649 M. Reingewinn 16 242 M. Rückvergütung 5 Proz.

Der chinesische Außenhandel hat unter dem Einbruch der vereinigten Mächte eine schwere Einbuße erlitten, die ziffermäßig in den Einnahmen der Seeroll-Verwaltung während der vier letzten Jahre zum Ausdruck kommt. In den ersten drei Quartalen gestalteten sich diese Einnahmen wie folgt:

	1898	1899	1900	1901
1. Vierteljahr.	3,84	4,32	5,39	4,96
2. Vierteljahr.	5,33	7,00	6,89	6,44
3. Vierteljahr.	6,10	7,63	5,16	6,76
zusammen 1897	15,27	18,95	16,94	17,56

Nur langsam haben sich die Einnahmen wieder gehoben, ohne jedoch die Höhe des Jahres 1899 zu erreichen.

Sociales.

Die Vorschriften über die Beschäftigung jugendlicher Arbeiter sind hinsichtlich der zu gewährenden Ruhepausen durch das Gesetz vom 30. Juni 1901 verfehlter worden. Eine Ministerialverordnung hat infolgedessen über die Abänderung des Textes der Ausschläge bestimmt und der Polizeipräsident von Berlin bringt dies jetzt zur öffentlichen Kenntnis. Danach hat der in der Fabrik auszubehaltende Auszug in diesem Punkte jetzt zu lauten:

VII. Zwischen den Arbeitsstunden müssen allen Arbeitern unter 16 Jahren regelmäßige Pausen gewährt werden. Für solche, welche nur 6 Stunden täglich beschäftigt werden, muß die Pause mindestens eine halbe Stunde betragen. Den übrigen muß mindestens mittags einstündige, sowie vormittags und nachmittags je eine halbstündige Pause gewährt werden. Eine Vormittags- und Nachmittagspause braucht nicht gewährt zu werden, sofern die jugendlichen Arbeiter täglich nicht länger als acht Stunden beschäftigt werden und die Dauer ihrer durch eine Pause nicht unterbrochenen Arbeitszeit am Vormittag und Nachmittag je vier Stunden nicht übersteigt (W.-D. § 136 Abs. 1).

Die Reichsausländer im Deutschen Reich. Nach den soeben veröffentlichten Zusammenstellungen des kaiserlichen statistischen Amtes lebten am 1. Dezember 1900 im Gebiete des Deutschen Reiches 778 698 Reichsausländer. Davon waren 757 155 Angehörige europäischer Staaten. Unter ihnen stellten die Oesterreicher (ohne Ungarn) die größte Anzahl, nämlich 371 022. Dann folgt Holland (einschließlich Kolonien) mit 55 053, Italien (mit Kolonien) 89 780, Schweiz 55 456, Rußland (Europa und Asien) 46 971, Dänemark (mit Kolonien) 26 547, Frankreich (mit Kolonien) 20 452. Bei Frankreich ist die Thatsache bemerkenswert, daß die Zahl der in Deutschland befindlichen Franzosen größer ist wie die der Männer; sie betrug 10 757. Diese Erscheinung leitet auch bei Großbritannien wieder, von wo einschließl. der Kolonien 8930 Frauen und 7243 Männer in Deutschland lebten. Für alle europäischen Staaten ist das Verhältnis 452 972 Männer und 304 213 Frauen.

Aus amerikanischen Staaten stammten 10 462 Männer und 10 198 Frauen; die weitaus überwiegende Anzahl davon aus den Vereinigten Staaten. Aus afrikanischen Staaten stammten 216 Männer und 171 Frauen, darunter allein 316 Personen aus den beiden Boerenstaaten.

Aus asiatischen Staaten stammten 150 Personen aus China, 250 aus Japan, 21 aus Siam, 43 aus Persien und 2 unbestimmt.

An die arbeitende Bevölkerung Berlins und der Vororte.

Achtung, Arbeitslosenzählung!

Der Ausschuss der Berliner Gewerkschafts-Kommission ersucht alle Personen, welche noch im Besitze einer Zählkarte sind, diese an das Bureau der Kommission, Engel-Ufer 15 (Gewerkschaftshaus), einzusenden. Arbeitslose, welche eine Zählkarte bisher noch nicht erhalten haben, können sich zur Eintragung auf unserm Bureau melden.

Der Ausschuss

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Tapetierer! Bei der Firma B. Burdardt, Tautenzienstr. 12b, im neuen romanischen Hause (Werkstatt Rindbergerstr. 63), sind Differenzen ausgebrochen, die sämtliche dort beschäftigten Kollegen zur Arbeitsniederlegung veranlassen haben. Die Verbandsleitung.

Deutsches Reich.

Zur Tarifbewegung der Buchdrucker. Der Tarifausschuss der deutschen Buchdrucker, der dieser Tage in Berlin tagte, hat infolge der Proteste von Prinzipalseite in einer ganzen Reihe von Druckorten die Lokalzuschläge herabgesetzt. ... Zur Tarifbewegung der Buchdrucker. Der Tarifausschuss der deutschen Buchdrucker, der dieser Tage in Berlin tagte, hat infolge der Proteste von Prinzipalseite in einer ganzen Reihe von Druckorten die Lokalzuschläge herabgesetzt. ... Zur Tarifbewegung der Buchdrucker. Der Tarifausschuss der deutschen Buchdrucker, der dieser Tage in Berlin tagte, hat infolge der Proteste von Prinzipalseite in einer ganzen Reihe von Druckorten die Lokalzuschläge herabgesetzt.

Die Korbmacher von Ramur (Belgien) sind in den Ausstand getreten, weil die Unternehmer ihnen Lohnabhänge machen wollten.

Der Streik der dänischen Dampfschiff-Setzer. Trotz der großen Arbeitslosigkeit fällt es den Reedern recht schwer, brauchbaren Ertrag für die Ausständigen heranzuloden. Der Rest von Streikbrechern, den die Reederei noch auf ihrem Rasernschiff „Ochderen“ haben, soll sehr unzufrieden sein. Die Leute sind dort eingesperrt wie Sklaven und von allem Verkehr mit der Außenwelt abgeschnitten.

Die staatlichen Arbeiter Englands hielten dieser Tage in London ihre Jahreskonferenz ab. Es wurde u. a. ein Protest angenommen gegen das Unfallgesetz, die Konferenz verlangt, daß die staatlichen Arbeiter in dasselbe mit einbezogen werden.

Die Gasarbeiter von Turin befinden sich im Ausstand. Infolge dessen erfolhen von vorgestern gegen 10 Uhr die sämtlichen Laternen, und die Hauptstraßen mußten notdürftig durch Windfäden erleuchtet werden.

Die Post- und Telegraphenbeamten Italiens sind in eine Bewegung eingetreten. Sie erklären sich gegen die von ihnen vom Minister Galimberti vorgeschriebenen Uniformen.

Berliner Partei-Angelegenheiten.

Zur Lokalliste. Das Alcazar-Theater, Dresdenstr. 52/53, steht der Arbeiterkassette unter den bekannten Bedingungen zu Besprechungen usw. zur Verfügung. ... Die Lokalkommission.

Achtung! Charlottenburg! Auf Freitag, den 14. d. M., ist die Erziehung im IV. Bezirk für den Genossen Richter angesetzt. Seitens der Partei ist Genosse Wilhelm Midler als Kandidat aufgestellt.

Lokales.

Aus der Stadtverordneten-Versammlung. Die Stichwahl um die noch zu besetzenden beiden Sitze in der Schuldeputation hat das Ergebnis gehabt, das erwartet werden mußte. ... Die Sühnung wurde größtenteils der Erörterung zweier Angelegenheiten gewidmet, die für die öffentliche Gesundheitspflege Berlins von großer Bedeutung sind.

Die Arbeitslosenzählung.

Die Ermittlung des Resultats der Zählung wird ununterbrochen fortgesetzt. Die dabei Beschäftigten arbeiten mit Lust und Liebe zur Sache und deshalb geht auch die Arbeit gut von statten. Sie schreitet um so schneller fort, je mehr die Mitarbeiter sich in diese für sie neue und eigenartige Tätigkeit hineinfinden.

Man sieht aus dieser kurzen Darstellung, daß hier ein gewaltiges, keineswegs einfaches Stück Arbeit zu leisten ist. Die zuverlässige Leitung bürgt jedoch dafür, daß das schwierige Werk tadellos zu Ende geführt wird.

Deutsche Männer - deutsche Sprache.

Das Gläubwünsch schreiben der Stadtverordneten-Versammlung zum Geburtstag des Kaisers hat folgenden Wortlaut: „Allerdurchlauchtigster, Großmächtigster Kaiser und Königlich Allergnädigster Kaiser, König und Herr! Eurer Kaiserlichen und Königlichen Majestät am Beginn eines neuen Lebensabschnittes in unverbrüchlicher Treue und Ehrerbietung ihre Glückwünsche darbringen zu dürfen, bitten die Vertreter der Stadt Berlin.“

Die jüngste Stadt der Intelligenz. Die „Deutsche medizinische Wochenschrift“ schreibt in ihrer neuesten Nummer: Mit welchen Schwierigkeiten bisweilen kommunale Behörden zu kämpfen haben, bevor sie sich das wünschenswerte Verständnis für die Aufgaben der öffentlichen Gesundheitspflege erwerben, lehrt wieder einmal folgende Mitteilung.

Die Bahnhofs-Gepäckträger sollen, wie in der letzten Versammlung der Personen-Lohnfuhrwerks-Jamung mitgeteilt wurde, von der Paketfabri-Gesellschaft übernommen werden. ... Die landespolizeiliche Abnahme der Hochbahn hat, wie früher bereits mitgeteilt, freckenweise schon stattgefunden.

Achtung, Holzarbeiter! In Finkenwalde ist der Streik der Tischler, Drechsler und Polierer noch nicht beigelegt. Zugang ist fernzuhalten.

Die Entlassungen auf der Germaniawerk in Kiel dauern fort. Adermals sind 10-15 Maler entlassen und abermals betrifft die Entlassung ältere Leute in höheren Lohnklassen.

Lohnabhänge und Accordreduktion bis 60 Proz. haben sämtliche Arbeiter der Firma Springdorn u. Comp. (Verzinkerer) in Düsseldorf veranlaßt, die Kündigung einzureichen.

Die Saggerer-Arbeiter der Firma Gustav Röber in Dresden haben - 17 an der Zahl - wegen erheblicher Lohnreduktionen die Arbeit niedergelegt.

Zur Bewegung der vogtländischen Textilarbeiter wird aus Reichenbach gemeldet, daß auch die Firma Eduard Schneider nach zweistündigem Streik den größten Teil der gestellten Forderungen bewilligt hat. ... In Greiz haben die Firmen Jahn, Karl Barth und Dietrich u. Stieber die Forderungen der Weber bewilligt.

Ausland.

Die Weberandsperrung in Enschede. Zu den ca. 2000 Ausgesperrten der Firma van Heel u. Co. sind nun noch 100 hinzugekommen, da die Fabrik „Nichtersbleet“, die besonderes Eigentum von Heels ist, angeblich wegen Maschineneparatur geschlossen wurde. ... Die Tapezierer in Rotterdam befinden sich in einer Lohnbewegung, die aber einen friedlichen Verlauf zu nehmen scheint.

Die Sühnung wurde größtenteils der Erörterung zweier Angelegenheiten gewidmet, die für die öffentliche Gesundheitspflege Berlins von großer Bedeutung sind.

Die Sühnung wurde größtenteils der Erörterung zweier Angelegenheiten gewidmet, die für die öffentliche Gesundheitspflege Berlins von großer Bedeutung sind. ... In der Frage der Errichtung eines städtischen Amtes zur Untersuchung von Nahrungsmitteln usw. wünscht der Ausschuss, dem der Rohrentwurf überwiesen worden war, zunächst noch die Einholung von Sachverständigen.

In der Frage der Errichtung eines städtischen Amtes zur Untersuchung von Nahrungsmitteln usw. wünscht der Ausschuss, dem der Rohrentwurf überwiesen worden war, zunächst noch die Einholung von Sachverständigen. ... Der Ausschuss hat sich für die Errichtung eines städtischen Amtes zur Untersuchung von Nahrungsmitteln usw. ausgesprochen.

Die landespolizeiliche Abnahme der Hochbahn hat, wie früher bereits mitgeteilt, freckenweise schon stattgefunden.

Die landespolizeiliche Abnahme der Hochbahn hat, wie früher bereits mitgeteilt, freckenweise schon stattgefunden. ... Die landespolizeiliche Abnahme der Hochbahn hat, wie früher bereits mitgeteilt, freckenweise schon stattgefunden.

Neigung des Staates und der Sittlichkeit. Mittwochabend stellten Beamte im Auftrage des Polizeipräsidenten den Zeitungs-Lesern mit, daß die neueste Nummer des „Simplicissimus“ sowie die des „Satir“ vom Strafenverkauf auszuschließen seien. Das Verbot der ergriffenen Wochenblätter ist in einem Artikel, der sich auf das politische Gebiet erstreckt, zu finden, während die Jahrbücher der „Satir“-Nummer auf einen Verstoß gegen die Sittlichkeit zurückzuführen ist.

Nicht weniger als 11 Beschädigte wurden Donnerstag gegen Abend zu einem Dachstuhlbrand nach der Waldemarstr. 48, Ecke der Waldemarstr. gerufen. Das große, etwas freistehende Gebäude ist weithin sichtbar und so kam es, daß die aus seinem Dache emporsteigenden Rauchwolken auf weite Entfernungen hin bemerkbar wurden, weshalb die Wehr von vier verschiedenen Stellen aus alarmiert wurde. Der größte Teil konnte sofort wieder abrücken, da nur zwei Rohre in Tätigkeit traten, die nach einhändigem Wassergeben die Flammen erstickten. Vernichtet ist namentlich Haus Nr. 10 von Mietern. Die Aufräumungsarbeiten zogen sich jedoch noch Stundenlang hin.

Elektrischer Kurzschluß im Circus Busch entstand Mittwochabend 10 1/2 Uhr während der Vorstellung. Es war die Lichtleitung durchgebrannt, doch konnte die Gefahr durch die anwesende Feuerwehr leicht beseitigt werden. Das Publikum verhielt sich während des Vorganges ruhig.

Vor einigen Tagen ist in einer „Kaschemme“ der Weinmeisterstraße in der Person des lange gesuchten ehemaligen Kaufmanns Moritz Himmelsweit das Haupt einer Schwindlerbande festgenommen worden, welche namentlich Wäsche-Engros-Geschäfte durch gefälschte Bestellzettel in erheblichem Umfange geschädigt hat. Während ein Mitglied der Bande in seiner Eigenschaft als Schaufensterdekorateur die Beziehungen der Firma ausnützte, fälschte Himmelsweit, welchem eine flotte launmännliche Handschrift eigen ist, die Bestellzettel, welche ein vorher stets telephonisch signalisierter dritter Complice der betreffenden Firma überbringen mußte. Fünf Mitglieder des Conzortiums waren bereits festgenommen und vor kurzem zu längerer Freiheitsstrafe verurteilt worden, während die Ergreifung des eigentlichen geistigen Leiters Himmelsweit erst ganz zuletzt gelang ist.

Das Reich des Studenten. Jweimal hinter einander bestohlen wurde nach seiner Anzeige ein Charlottenburger Student, der nach einer Anekdote in Berlin vom Bahnhofs-Friedrichstraße aus am Mittwoch früh die Heimfahrt antreten wollte. Er fand den Bahnhofs noch nicht geöffnet und ließ sich in einer Kasse nieder. Hier gestohlen sich zwei Männer zu ihm, denen er im Laufe des Gesprächs sagte, daß er Schmerzen in den Seiten verspüre. Welche führten ihn später in das Bahnhofsgebäude und verschwand alsbald. Gleich darauf vermehrte der Studiosus seine Geldtasche, die außer 42 M. in barem Geld eine Eintrittskarte zur Feuerkutsch-Anstellung, zwei Pfandscheine und ein Lotterielos enthielt. In seiner Verzweiflung teilte er einem dritten Fremden mit, daß er „krank“ dagesessen habe und bestohlen worden sei. Dieser antwortete ihm darauf: „Wenn Sie krank sind, müssen Sie Ihren Leberzucker zuziehen.“ Indem er ihm das Kleidungsstück zu und stahl ihm dabei seine silberne Remonteuruhr mit Kette. Wägnisch gestöhbert, mußte der Student seine letzten Mittel zur Fahrt benutzen. — Solche Diebedromane spielen sich zum Glück nicht alle Tage am Bahnhof Friedrichstraße ab.

Wegen einer Gasexplosion wurde am Donnerstagnachmittag die Feuerwehr nach der Potsdamerstraße 121 gerufen. Es brannten dort indes nur einige Kisten. Eine zweite Gasexplosion wurde vom Siegmundshof 20 gemeldet. Dort war infolge der Explosion die Schaldecke im zweiten Stock des rechten Seitenflügels stark beschädigt. Die Flammen waren von Arbeitern der Fabrik für Gasanlagen von F. Rodenburg bei Ankunft der Feuerwehr schon gelöscht. Personen sollen angeblich nicht verletzt sein. Der Materialschaden ist nicht erheblich.

Eine Familientragödie spielte sich vorgestern in der Oberbergerstraße ab. In der Nacht zum Mittwoch machte die von ihrem Manne getrennt lebende Frau Maria Nahn in ihrer Wohnung, Oberbergerstr. 6, den Versuch, sich mit ihren beiden 12 und 8 Jahre alten Söhnen durch Einatmen von Kohlengasen zu töten. Sie hatte in der Kochmaschine Kohlen in Brand gesetzt und den Abzug des Rauches durch Vorstellen des Schieders verhindert. Der kleinere Knabe pflegte morgens zu seiner in der Nähe wohnenden Großmutter zu gehen und von dieser dann zur Schule gebracht zu werden. Als er vorgestern morgen nicht erschien, ging die Großmutter mit ihrer bei ihr wohnenden Tochter zur Nahn'schen Wohnung und fand hier Frau Nahn und die beiden Knaben in der von Kohlenrauch angefüllten Küche auf dem Boden liegend vor. Die Kinder erholten sich sehr bald, doch blieben die von einem Arzt bei der Mutter angestellten Wiederbelebungsvorkehrungen erfolglos. Die Kinder sind dem Tode nur dadurch entgangen, daß sie einen Arm vor den Mund hielten, während die Mutter den Kohlenrauch in vollen Zügen eingeatmet hat. Aus den Aussagen der Kinder geht hervor, daß die Mutter mit ihnen gemeinsam aus dem Leben scheiden wollte, da ihr Mann die Herausgabe der Kinder beansprucht, und sie sich nicht von den Kindern trennen wollte.

Eine Bluttat ist in der vergangenen Nacht in der Nachstraße verübt worden. Fünf junge Leute, welche gegen 2 Uhr morgens diese Straße passierten, stellten sich an den Abgang des dort befindlichen Straßenbahn-Depots und verunreinigten die Mauer. Der Wagenwächter Eismann kam hinzu und unterlagte dies. Es kam hierauf zwischen den jungen Leuten und dem Beamten zu einem heftigen Wortwechsel, in dessen Verlaufe einer der Jungen einen Stein ergriff und hiermit dem W. hinterläßt einen derartig wunden Hieb über den Kopf verfehlte, daß der Beamte blutüberströmt zusammenbrach. Der Verletzte wurde sofort nach der Sanitätskammer am Grünen Weg gebracht und von hier dem Krankenhaus Friedrichshagen zugeführt. Die jungen Leute ergriffen die Flucht, doch verlor einer derselben den Hut. Als Eigentümer desselben wurde der 20jährige Kommis Franz Lengert, Friedrichshagenstr. 20, bei den Eltern wohnhaft, ermittelt. Lengert bestreitet, den Schlag mit dem Feldstein ausgeführt zu haben, will jedoch nicht wissen, wer der Thäter gewesen sei.

Drei Kinder vom Feuertode gerettet wurden Donnerstagabend 7 1/2 Uhr in der Barwalderstraße 9. Hier hat im linken Seitenflügel der Fabrikarbeiter Merkel eine Parterrewohnung inne. Die Frau muß ebenfalls mit verdienen. Gestern Abend war sie nun auf kurze Zeit abgegangen und hatte ihre drei Kinder im Alter von 2-5 Jahren in der Stube eingeschlossen. Ein Mieter, der um 1/2 Uhr den Hof betrat, sah in jener Wohnung Flammen emporleuchten und benachrichtigte den Portier. Dieser zerschlug ein Fenster und rettete durch daselbe aus der total verqualmten Stube das älteste der Kinder, ein fünfjähriges Mädchen. Mittlerweile war die benachbarte Feuerwehr aus der Wilmsstraße eingetroffen, die in die Wohnung einbrach und auch die beiden jüngsten, bereits bewußtlos gewordenen Kinder rettete. Das Feuer wurde dann bald abgelöscht, doch ist fast die gesamte Habe der Leute eingäschert, was nun so schwerer ist, als keine Versicherung vorliegt. Die beiden jüngsten Kinder haben starke Mundvergiftung davongetragen, so daß ihr Zustand bedenklich erscheint. Der Brand ist dadurch entstanden, daß die Kleinen mit Streichhölzern spielen konnten.

Öffentliche Hygiene-Vorträge der Centralkommission der Krankenkassen. Heute lautet das Thema für sämtliche Vorträge: Der Kampf gegen die Tuberkulose. Bei dem verbreiteten Einfluß, den diese verbreitetste Krankheit innerhalb der Gesamtbevölkerung ausübt, ist es für jedermann von größter Bedeutung, die Waffen zu kennen, die die Wissenschaft für den Kampf gegen die Tuberkulose liefert. Es handelt sich um den Schutz des Einzelnen wie der Gesamtheit, die Bedeutung einer frühzeitigen Diagnose und eines frühzeitigen Heilverfahrens. Der Besuch dieser Vorträge ist dringend anzuraten. — Die Vorträge finden statt: Freitag, den 7. Februar, in den Schulaulen Reibstr. 31/32, Bankstr. 8, Wrangelstr. 128, Winterfeldstr. 16, und Charlottenburg.

Goethestr. 22. Vortragende die Herren Doktoren Wolf Becker, Schöffing (Grabowice), Rammwig, Gustav Graf, J. Meyer. — Beginn präzis 8 1/2 Uhr abends. Zutritt für jedermann unentgeltlich ohne Legitimation.

Neue freie Volkshöhle. In der am Sonntag, den 9. d. Mts., nachmittags 2 1/2 Uhr, im Belle-Alliance-Theater von der Neuen freien Volkshöhle veranstalteten Aufführung von Heinrich von Helldorfs „Kochschüler“ sind in den Hauptrollen die Damen Ernestine Randsheim, Elise Schiff und Mary Werner, Schumann sowie die Herren Gázar Bed, Harry Höfner, Richard Mehl, Jacques Morvon und Paul Paulz beschäftigt. Die Regie führt Herr Direktor Friedrich Mühl.

Das Casino-Theater, das sonst durch Spezialitäten und harmlose Lustspiele sein Publikum erfreut, kam und gestern Abend literarisch. Der Direktor des Theaters, Herr Hans Berg hat ein einseitiges Lebensbild „Ehrlos“ verfaßt, das seine erste Aufführung erlebte. Die Frau eines Justizauswärters hat nach der Scheidung einen braven Arbeiter geheiratet, der als Publiker auf dem besten Wege ist, zu einigem Wohlstand zu kommen. Da kehrt der Verbrecher, der zehn Jahre abgesehen hat, zurück. Der Gastwirt ist gutmütig genug, dem Elenden dreihundert Mark zu geben, damit er in Amerika ein neues Leben beginne. Doch der Verbrecher ist anheimelnd mit andren Absichten gekommen. In einem vom Jaun gebrochener Streit tötet er seinen Helfer durch einen Revolverstoß. Klar geht die Absicht des Nordes aus der Handlung des Stückes nicht hervor, doch wäre eine andre Motivierung nicht gut möglich. Trozdem der Aufbau des Lebensbildes wegen dieser und jener Unwahrscheinlichkeit bedenklich genannt werden muß, wurde der Novität lebhafter Beifall zu teil. In der vortrefflichen Darstellung zeichneten sich namentlich Herr Wendi als Publiker und Herr Berg in der Rolle des Justizauswärters aus. — Im Spezialitätenprogramm lernten wir die Jongleure Kavel und Limm, sowie den Humoristen Kern als vortreffliche Künstler kennen. Den Beschluß des Abends bildete eine vrollige Posse „Lustige Trüder“.

Aus den Nachbarorten.

Die Erskwahl eines Stadtverordneten der dritten Abteilung im 4. Bezirk in Schönberg an Stelle des nach aufgehoben verjegenen Stadtverordneten Franz Richter ist auf Donnerstag, den 20. Februar, festgesetzt. Das Wahllokal befindet sich im Restaurant Werbelow, Brunenwaldstr. 27. Diesmal braucht der zu Wählende kein Hausbesitzer zu sein. Mit der Aufstellung unseres Kandidaten wird sich eine demnächst stattfindende Wählerversammlung beschäftigen.

Wedeutend unglücklicher als im Dezember gestaltete sich die Stellenvermittlung des Schönberger Arbeitsnachweises im Monat Januar. Wiederum zeigte sich, daß die Zahl der männlichen Arbeitsuchenden die der weiblichen weit übersteigt, und in demselben Verhältnis steht auch das Arbeitsangebot. Offene Stellen waren im Berichtsmonat vorhanden 13 männliche und 262 weibliche, zusammen 275 (gegen 16 [181] im Dezember); Arbeit suchende dagegen waren diesmal gemeldet 109 männliche und 256 weibliche, zusammen 365 (gegen 47 [155] im vorhergegangenen Monat); besetzt wurden 10 männliche und 182 weibliche Stellen gegen 15 männliche und 92 weibliche im Dezember. Die Nachweisung von Arbeit erfolgt im städtischen Arbeitsnachweis losloslos.

Aus Rixdorf wird uns berichtet, daß die Deputation, welche in der Arbeitslosen-Versammlung vom 5. d. M. gewählt wurde, gestern vom ersten Bürgermeister Herrn Boddin und vom zweiten Bürgermeister Voigt empfangen worden ist. Nachdem die Deputation die Wünsche der Versammlung vorgetragen hatte, versicherte Herr Boddin, daß beim Stadtkanal soviel Arbeiter als nur möglich eingestellt werden sollten, ebenso sollten, soweit als möglich, bald öffentliche Banten errichtet und Straßeneinbauten vorgenommen werden. Immerhin müßte die schlechte Finanzlage Rixdorfs in Betracht gezogen werden. Dem Bau von Arbeiterwohnungen drückte Herr Boddin nicht viel Hoffnungen entgegen, da die Stadt nach seiner Ansicht nicht billiger als Privatunternehmer bauen kann. Als die Deputation darauf hinwies, daß die Abendung einer Petition der Stadtverordneten-Versammlung gegen die Getreidezoll-Erhöhung durch den Bürgermeister verhindert worden sei, antwortete Herr Boddin, daß er als Beamter nicht anders handeln können; man müsse abwarten, wie das Ober-Verwaltungsgericht entscheiden werde.

Schmargendorf. In unser noch von keinem Socialdemokraten entwählten Gemeinderatung ging es, wie immer, so auch in der letzten Sitzung gemächlich zu. Ein Antrag, für das Bollerichs-Denkmal in Leipzig 3 M. zu bewilligen, wurde auf Antrag eines Vertreters der 3. Wählerklasse damit erledigt, daß man 5 M. hergab, dagegen werde ein Besuch der Treptow-Sternwarte um Herabgabe einer Unterstüßung bei den Vertretern von Bildung und Beschäftigten Fremden. Das Besuch wurde abgelehnt. — Ein Prozent des Ertrages der Hundesteuer wurde dem Tierquälverein zugewilligt, der dafür mindestens einmal monatlich den Hundefänger zu schicken hat. — Die Bewilligung von 12 000 M. für Einrichtung der Amtsräume usw. im neuen Rathaus wurde vertagt, es sollen erst die Pläne vorgelegt werden.

Nieder-Schönhausen. Die für den hiesigen Gemeindebezirk aufgestellte Gemeinde-Wählerliste enthält 789 wahlberechtigte Personen verzeichnet. Von dem gesamten Stenerloft, 89 452 M., bringen die 14 Wähler der I. Klasse 80 042 M., die 85 Wähler der II. Klasse 29 701 M. und die 682 Wähler der III. Klasse 29 619 M. auf. — Die Gemeinde, welche eine Wasserleitung errichten will, hat auf dem Grundstück, auf welchem das Wasserwerk gebaut werden soll, Bohr- und Pumpversuche anstellen lassen, um festzustellen, ob die anzulegenden Tiefbrunnen eine dauernde Ergiebigkeit von mindestens 28 000 Tages-Kubikmeter ergeben. Es wurde beschlossen, einen genauen Entwurf der zu errichtenden Wasserwerkanlagen herstellen zu lassen.

Gerichts-Beitung.

Wegen Uebertretung des Brechgesetzes hatte sich gestern unser verantwortlicher Redacteur Carl Reid in der Berufungsinstanz vor dem Landgericht I zu verantworten.

Im September vorigen Jahres hatte der „Vorwärts“ einen Artikel über „das Umwerfen der Aufsichtsräte“ veröffentlicht. Das Oberbergamt Dortmund sandte daraufhin dem „Vorwärts“ eine Besichtigung auf Grund des § 11 des Brechgesetzes zu, die aber keine Aufnahme fand, weil sie nach Ansicht der Redaktion den Erfordernissen des angezogenen Paragraphen nicht entsprach. Dieser Ansicht trat auch das Schöffengericht bei und fällte am 7. Dezember ein freisprechendes Erkenntnis. Hiergegen hatte die Staatsanwaltschaft Berufung eingelegt. Der Gerichtshof verwarf gestern dieselbe und bestätigte das freisprechende Urteil. Die Kosten wurden der Staatskasse auferlegt.

Im Wittärbestretungs-Prozess zu Ebersfeld wurde gestern das Urteil gesprochen. Baumann wurde zu zwei Jahren und zwei Monaten Gefängnis sowie fünf Jahren Ehrverlust unter Anrechnung von 1 1/2 Jahren Untersuchungshaft verurteilt. Alle übrigen Angeklagten wurden freigesprochen. Der Staatsanwalt hatte gegen Baumann zwei Jahre Gefängnis unter Anrechnung von einem Jahr Untersuchungshaft, gegen die übrigen Angeklagten Freisprechung beantragt. Dr. Schimmel war im Laufe der heutigen Verhandlung von den als Sachverständigen geladenen Ärzten das Zeugnis eines tüchtigen Arztes ausgesprochen worden.

Eine Privatklage des Direktors der Versicherungs-Gesellschaft „Victoria“, Gerkenberg, führte gestern den Redacteur des „Antisemitischen Monatsblattes“, Dr. phil. W. Giese, vor das hiesige Schöffengericht. Der Angeklagte hatte in der 6. Nummer seines Blattes unter der Ueberschrift „Der Frau greift

weiter um sich“ einen Artikel veröffentlicht, der im Anschluß an die damals im Schwange gewesenen Vorkämpfe Betrachtungen über die Schließungen der „ehemaligen“ Weibzimmer anstellte, denen ungezählte Tausende an Privatvermögen zum Opfer gefallen seien. Der Artikel reichte dann die Aufzählung von Zusammenbrüchen, Verhaftungen, Kreditverwehungen, Selbstmorden von ungetreuen Leitern von Bank- und Kreditinstituten an einander und erwähnte in dieser Galerie der Vorkämpfe auch des am 17. August im Umlauf gesehene Gerücht von einer angeblichen Insolvenz der Versicherungsgesellschaft „Victoria“. Es hieß in dem Artikel, daß der Zusammenbruch dieser Gesellschaft allem die Krone aufsetzen würde und es würde zum Schluß die rhetorische Frage aufgestellt, wie viele Thänen und Herzleid solche gewissenlosen Verwalter keinen Sparem bereitet haben mögen. Rechtsanwalt Dr. Siegmann beantragte eine empfindliche Strafe für den Angeklagten, der den Privatkläger in unmittelbarem Zusammenhang mit verbrecherischen Verwaltern fremder Gelder gebracht und dadurch nicht nur ihn persönlich schwer gekränkt, sondern auch ein großes Institut in große Gefahr gebracht habe. Das 3. erfundene Gericht über eine angebliche Insolvenz der „Victoria“ sei absolut unbegründet gewesen, die Direktion habe diese Thatsache sofort in einer öffentlichen Erklärung unmissverständlich festgestellt, der Angeklagte habe aber dessen ungeachtet dies Gerücht in dem Artikel hervorgehoben, obgleich ihm jene Erklärung bekannt gewesen. Dies beweise, daß der Angeklagte von seinem Parteistandpunkt aus die Absicht der Beleidigung gehabt habe. — Der Angeklagte bestritt jede Absicht einer persönlichen Ehrenkränkung. Er behauptete, daß es nur seine Absicht gewesen sei, nationalökonomisch die Finanzkrisis zu beleuchten. Das unglückliche Gerücht habe er nur als weiteres Symptom dieser Krisis erwähnt. — Der Gerichtshof verurteilte die Unbesonnenheit des Angeklagten und die Thatsache, daß das fragliche Gerücht hauptsächlich in Umlauf gewesen, und erkannte auf 100 Mark Geldstrafe und Publikationsbefugnis für den Beleidigten.

In dem Prozess Fuhrmann und Genossen wurde der gestrige halbe Tag mit den Plädoyers des Staatsanwalts und der Verteidiger ausgefüllt. Daß von dem Staatsanwalt beantragte Strafmaß entbrach nicht den Befürchtungen, die die Angeklagten wohl selbst gehegt haben mögen; es ging von vier Jahren Gefängnis bis auf einige Wochen Gefängnis herab, außerdem sollte bei mehreren Angeklagten die ganze Strafe durch die Untersuchungshaft verbüßt sein. Die Anträge des Staatsanwalts machten auf die Angeklagten offenbar einen beruhigenden Eindruck und ihre Zufriedenheit damit erweckte ihre Gesichter vermehren, daß der Vorsitzende sie darauf aufmerksam machte, daß der Gerichtshof an die Anträge keineswegs gebunden, sondern in der Lage sei, weit darüber hinauszugehen.

Der Trebertöndungsprozess. Aus Kassel wird vom Donnerstag berichtet: Bei Beginn der heutigen Verhandlung wurde zunächst Dr. Rohr, der ehemalige Syndikus der Trebertöndungs-Gesellschaft vernommen. Rohr ist, wie er ausfragt, auf Veranlassung des Generaldirektors Schmidt und dessen persönlichen Einfluß hin im Jahre 1898 in die Gesellschaft eingetreten. Durch die ressortmäßige Wiedereingabe der Geschäfte ist es ihm aber unmöglich gemacht worden, in den Gang der Geschäfte weithin Einblick zu gewinnen und überall unterrichtet zu werden. Zu den Verhandlungen mit den Tochtergesellschaften ist er fast niemals hinzugezogen worden. Ausführliche Instruktionen, welche Stunden erfordert hätten, wurden in wenigen Minuten abgemacht; so u. a. die Instruktion zu einer Reise nach Ruhland. Jege gewann schon bald nach seinem Eintritt eine skeptische Ansicht über den Stand der Gesellschaft. Im Jahre 1900 bekam er die Uebersetzung, daß die Verhältnisse nach außen hin anders dargestellt wurden, als sie in Wirklichkeit waren. Schon damals erfuhr er, daß 20 Mill. Mark Verlust vorhanden seien. Seiner Ansicht nach sei aber damals noch ein Rückzug möglich gewesen. Er hätte aber seinen Einfluß gehabt. Infolge von Differenzen sei er bereits im Februar 1900 aus den Diensten der Gesellschaft ausgetreten, obgleich kein Kontrakt erst im April abgelaufen sei. Jege hatte mit Schmidt ausschließlich persönlich zu verhandeln wenig Gelegenheit, ja, er hat ihn wochenlang nicht gesehen. Geschäftsbücher, Bilanzausstellungen, Korrespondenz seien ihm nicht zugänglich gewesen. Die Bilanz von 1899 weise einen Aktivposten von 250 000 M. für das alte Vermögenspatent auf, während der Posten auf das Abschreibebkonto gehört hätte. Jege ist der Ansicht, daß die Angriffe der „Frankfurter Zeitung“ die Mitglieder des Aufsichtsrats hätten veranlassen müssen, sich über die dort angeführten Fragen zu unterrichten und sie zu prüfen.

Rechtsanwalt Deumer aus Leipzig und Rechtsanwalt Heingelmann aus Wiesbaden berichteten über den Eindruck der sogenannten Parade-Generalsammlung vom Jahre 1899, in welcher die dort auftretenden Direktoren in bekannter Weise alle Bedenken zerstreuten und die günstigsten Berichte erstatteten. Sie und auch die andren seien dadurch gewissermaßen hypnotisiert worden und sie hätten geglaubt, daß in der That alle Angriffe der „Frankf. Zeitung“ auf Konkurrenzmaasstab zurückzuführen seien. Rechtsanwalt Deumer wurde veranlaßt, seine damalige Rede nochmals vorzutragen. Pfarrer Hein giebt dem Angeklagten Arnold Sumpf das glänzendste Zeugnis; er und die größte Mehrheit der Leute in Weiswald hielten ihn für einen Mann, der seiner unehrenhaften Handlung fähig sei.

Verfassungen.

Der Verein Berliner Troschkensmacher hielt seine diesjährige Generalversammlung in den Arnimhallen ab. Nachdem vor Eintritt in die Tagesordnung der im letzten Vierteljahre des vergangenen Jahres verstorbenen Mitglieder Sodler, Kuhnert und Amelang in ehrender Weise gedacht worden war, erstattete der Vorsitzende Kuntze den Geschäftsbericht für das 4. Quartal, aus welchem folgende Einzelheiten hervorzuheben sind: Auf dem Vereinsbüreau, Schützenstraße 68, wurden 159 Protokolle in Jahrsangelegenheiten aufgenommen sowie 275 Korrespondenzen erledigt. 76 Mitglieder sind dem Verein neu beigetreten, derselbe zählte am Schlusse des vorigen Jahres 1302 vollberechtigte Mitglieder und besaß ein Vermögen von insgesamt 9411,94 M., was einer Vermehrung um 1854,92 M. gegen das Jahr 1900 gleichkommt. Nachdem dem Vorstande einstimmig Decharge erteilt worden war, wurde die Neuwahl desselben vollzogen. Das Ergebnis der Wahlen ist folgendes: Knüttler, erster Vorsitzender, Barth, Stellvertreter; Mücke, erster Schriftführer, Helm, Stellvertreter; Hentschel, erster Kassierer, Palm, Stellvertreter; Dehmide, Gasler, Dugge, Beißner; Rölke, Thramm, Revisoren. Sodann fand eine beschließende Besprechung über den ev. Anschluß des Vereins an den Centralverband statt. Ein solcher wurde seitens der Generalversammlung abgelehnt.

In der gut besuchten Generalversammlung des Centralverbandes der Konditoren vom 22. Januar wurde der Gesamtverband neugewählt und jetzt sich wie folgt zusammen: 1. Vorsitzender F. Weidler, 2. Vorsitzender M. Thieme, 1. Schriftführer R. Bipp, 2. Schriftführer G. Altmann, 1. Kassierer G. Biquis, 2. Kassierer Arnheim, 1. Beisitzer A. Schwarz, 2. Beisitzer E. Schwarz, Revisoren Metzger und Rauch. — Ferner wurde noch die Delegiertenwahl zum Verbandstag (Ostern 1902 zu Berlin) vorgenommen, und wurde dazu Felix Weidler gewählt.

Verein der Köhler Berlins und Umgegend. Freitag, nachmittags 5 Uhr, Versammlung. Aufnahme neuer Mitglieder.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet täglich mit Ausnahme des Sonnabends von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr abends statt.

Hüfelhof. Ihre Ansicht ist schon in unsem Bericht über die Verhandlungen im Gesetzesrat zum Ausdruck gekommen; es sind also schon beide Teile gehört worden.

M. S. Meyzahl erzwanglich.